H 13614

Gesetz- und Verordnungsblatt

für das Land Hessen

2015	Ausgegeben zu Wiesbaden am 2. April 2015	Nr. 7

Tag	Inhalt	Seite
25. 3. 15	**Gesetz zur Änderung des Hessischen Justizkostengesetzes und des Hinterlegungsgesetzes** ..... *Ändert FFN 26-5, FFN 234-5*	126
24. 3. 15	**Gesetz zur Änderung der Hessischen Ausführungsgesetze zum Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz und zum Tierseuchengesetz** ..... *Ändert FFN 356-186, 356-187*	130
24. 3. 15	Verordnung zur Änderung der Anpassungsverordnung zum Landesaufnahmegesetz ..... *Ändert FFN 37-55*	133
10. 3. 15	Verordnung über die Laufbahnfachrichtung Polizei (Hessische Polizeilaufbahnverordnung – HPolLV) ..... *FFN 322-139; ändert FFN 322-121; hebt auf FFN 322-121*	134
16. 3. 15	Sechste Verordnung zur Änderung der Hessischen Ausführungsverordnung zum Gemeindefinanzreformgesetz ..... *Ändert FFN 41-22*	143

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Gesetz zur Änderung des Hessischen Justizkostengesetzes und des Hinterlegungsgesetzes

Vom 25. März 2015

Artikel 1[1])

Änderung des Hessischen Justizkostengesetzes

Das Hessische Justizkostengesetz vom 15. Mai 1958 (GVBl. S. 60), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Mai 2013 (GVBl. S. 198), wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt gefasst:

„§ 1

(1) In Justizverwaltungsangelegenheiten erheben die Justizbehörden des Landes Kosten (Gebühren und Auslagen) nach dem Justizverwaltungskostengesetz vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586, 2655), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586), in der jeweils geltenden Fassung. Nicht anzuwenden sind

1. in Angelegenheiten der Notare § 4 Abs. 3 und
2. auf die Überlassung gerichtlicher Entscheidungen auf Antrag nicht am Verfahren Beteiligter § 11 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2000 bis 2002 der Anlage

des Justizverwaltungskostengesetzes.

(2) Ergänzend gelten die nachfolgenden Vorschriften dieses Gesetzes und das anliegende Gebührenverzeichnis.“

2. In § 3 werden die Wörter „Gesetzes über Kosten der Gerichtsvollzieher“ durch die Angabe „Gerichtsvollzieherkostengesetzes vom 19. April 2001 (BGBl. I S. 623), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586),“ ersetzt.

3. In § 4 Abs. 5 Satz 2 wird die Angabe „6. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2515)“ durch „1. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3714)“ ersetzt.

4. In der Überschrift des Art. 3 werden die Wörter „des Hinterlegungsgesetzes“ durch „in Hinterlegungssachen“ ersetzt.

5. § 11 wird wie folgt geändert:

a) Nr. 1 wird wie folgt gefasst:

„1. die Auslagen nach Nr. 2000 und Nr. 2002 sowie die Vorbemerkung 2 zu Teil 2 der Anlage des Justizverwaltungskostengesetzes gelten entsprechend,“

b) In Nr. 2 werden nach der Angabe „(GVBl. I S. 306)“ ein Komma und die Angabe „zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. März 2015 (GVBl. S. 126),“ eingefügt.

6. § 12 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 2 Satz 1 wird die Angabe „§ 13 der Justizverwaltungskostenordnung“ durch „§ 22 Abs. 1 des Justizverwaltungskostengesetzes“ ersetzt.

b) Abs. 3 wird wie folgt geändert:

aa) Die Wörter „der Justizverwaltungskostenordnung“ werden durch „dem Justizverwaltungskostengesetz“ ersetzt.

bb) Nr. 6 wird wie folgt geändert:

aaa) Buchst. a wird wie folgt gefasst:

„a) Ist bei Betreuungen aufgrund gesetzlicher Verpflichtung oder Anordnung des Betreuungsgerichts hinterlegt, gelten Abs. 1 der Vorbemerkung 1.1 zu Teil 1 und Abs. 2 Satz 1 der Vorbemerkung 3.1 zu Teil 3 der Anlage 1 des Gerichts- und Notarkostengesetzes vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Dezember 2014 (BGBl. I S. 2082), entsprechend.“

bbb) In Buchst. b wird die Angabe „30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449)“ durch „5. Dezember 2014 (BGBl. I S. 1964)“ ersetzt.

cc) In Nr. 8 wird die Angabe „§ 3 der Justizverwaltungskostenordnung“ durch „§ 4 Abs. 3 des Justizverwaltungskostengesetzes“ ersetzt.

7. Die Anlage wird wie folgt gefasst:

[1]) Ändert FFN 26-5

„Anlage

Gebührenverzeichnis

Nr.	Gegenstand	Gebühr Euro
1	Hinterlegungssachen	
1.1	Hinterlegung von Wertpapieren, sonstigen Urkunden, Kostbarkeiten und von unverändert aufzubewahrenden Zahlungsmitteln nach § 11 Abs. 2 Satz 1 des Hinterlegungsgesetzes in jeder Angelegenheit, in der eine besondere Annahmeverfügung ergeht	7,50 bis 250
1.2	Anzeige nach § 15 Abs. 1 Satz 2 des Hinterlegungsgesetzes Anmerkung: Neben der Gebühr für die Anzeige werden nur die Auslagen nach Nr. 31002 und 31003 der Anlage 1 des Gerichts- und Notarkostengesetzes erhoben.	7,50
1.3	Zurückweisung der Beschwerde	7,50 bis 250
1.4	Zurücknahme der Beschwerde	7,50 bis 62,50
2	Vereidigung, Ermächtigung	
2.1	Allgemeine Vereidigung von Dolmetscherinnen und Dolmetschern oder Übersetzerinnen und Übersetzern	120
2.2	Ermächtigung von Übersetzerinnen und Übersetzern zur Bescheinigung der Richtigkeit und Vollständigkeit der Übersetzung von Urkunden, die in einer fremden Sprache abgefasst sind	120
2.3	Für eine zweite und jede weitere Sprache (auch Gebärdensprache) erhöht sich die Gebühr nach Nr. 2.1 oder 2.2 um	20
2.4	Allgemeine Vereidigung von Sachverständigen	120
3	Schuldnerverzeichnis	
3.1	Entscheidung über den Antrag auf Bewilligung des laufenden Bezugs von Abdrucken nach § 882g der Zivilprozessordnung und § 915d der Zivilprozessordnung in der bis zum 31. Dezember 2012 geltenden Fassung in Verbindung mit § 39 Nr. 5 des Gesetzes betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 310-2, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. Dezember 2014 (BGBl. I S. 1962)	525
3.2	Erteilung von Abdrucken nach den §§ 882b, 882g der Zivilprozessordnung und den §§ 915, 915d der Zivilprozessordnung in der bis zum 31. Dezember 2012 geltenden Fassung in Verbindung mit § 39 Nr. 5 des Gesetzes betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung Anmerkung: Neben den Gebühren für die Erteilung von Abdrucken werden die Dokumentenpauschale und die Datenträgerpauschale nicht erhoben.	0,50 je Eintragung, mindestens 17
3.3	Einsicht in das Schuldnerverzeichnis nach § 882f der Zivilprozessordnung je übermitteltem Datensatz Anmerkung: Die Gebühr entsteht auch, wenn die Information übermittelt wird, dass für den Schuldner kein Eintrag verzeichnet ist (Negativauskunft). Die Gebühr entsteht nicht im Fall einer Selbstauskunft.	4,50
4	Für die Ausstellung der Apostille nach Art. 3 und für die Prüfung gemäß Art. 7 des Haager Übereinkommens vom 5. Oktober 1961 zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Legalisation (BGBl. 1965 II S. 875, 876) je	18
5	Verfahren vor dem Amtsgericht in Angelegenheiten über den Austritt aus einer Religionsgesellschaft (Körperschaft) des öffentlichen Rechts (einschließlich Erteilung einer Bescheinigung über den vollzogenen Austritt)	25

Nr.	Gegenstand	Gebühr Euro
6	Prüfung des Gerichtskostenstemplers nach Nr. 12.1 Satz 1 und 2 der Bestimmungen über die Verwendung von Gerichtskostenstemplern vom 14. Juni 2012 (JMBl. S. 254), geändert durch Runderlass vom 24. Februar 2014 (JMBl. S. 211) Anmerkung: Die Gebühr entsteht nicht, wenn die Prüfung aufgrund von Zweifeln an der ordnungsgemäßen Verwendung vorgenommen wurde und eine nicht ordnungsgemäße Verwendung nicht festgestellt werden konnte.	60
7	Angelegenheiten nach der Bundesnotarordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 303-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586)	
7.1	Bewerbung um eine Notarstelle nach § 6b	
7.1.1	Entscheidung über einen Antrag auf Bestellung zur Notarin oder zum Notar nach § 6 Abs. 1 bis 3, § 12 Satz 1	200
7.1.2	Antragsrücknahme vor Beginn der Ermittlung der Eignung nach § 6 Abs. 1 Satz 1 und Anhörung der Notarkammer nach § 12 Satz 1	40
7.1.3	Antragsrücknahme nach Beginn der Ermittlung der Eignung nach § 6 Abs. 1 Satz 1 und Anhörung der Notarkammer nach § 12 Satz 1	100
7.2	Entscheidung über einen Antrag auf Genehmigung einer Nebentätigkeit nach § 8 Abs. 3 Satz 1	175
7.3	Entscheidung über einen Antrag auf Verlegung des Amtssitzes nach § 10 Abs. 1 Satz 3	175
7.4	Entscheidung über einen Antrag auf Einrichtung einer weiteren Geschäftsstelle oder eines auswärtigen Sprechtages nach § 10 Abs. 4	150
7.5	Entscheidung über einen Antrag auf Genehmigung einer Urkundstätigkeit außerhalb des Amtsbezirks nach § 11 Abs. 2	100
7.6	Entscheidung über einen Antrag auf Bestellung einer Notarvertretung nach § 39 Abs. 1 Satz 1	
7.6.1	für eine ständige oder eine länger als sechs Monate dauernde Notarvertretung	75
7.6.2	in den übrigen Fällen	25
7.7	Prüfung der Amtsführung nach § 93 Abs. 1 Satz 1, wenn im Prüfungszeitraum jährlich im Durchschnitt	
7.7.1	bis zu 400 in die Urkundenrolle einzutragende Notariatsgeschäfte angefallen sind	500
7.7.2	401 bis 800 in die Urkundenrolle einzutragende Notariatsgeschäfte angefallen sind	800
7.7.3	über 800 in die Urkundenrolle einzutragende Notariatsgeschäfte angefallen sind	1 100
7.7.4	Zusätzliche Prüfung der Verwahrungsgeschäfte, sofern seit der letzten regulären Prüfung der Amtsführung noch keine zusätzliche Prüfung der Verwahrungsgeschäfte stattgefunden hat, wenn im Prüfungszeitraum	
7.7.4.1	Verwahrungen durchgeführt worden sind	250
7.7.4.2	keine Verwahrungen durchgeführt worden sind	100
8	Überlassung einer gerichtlichen Entscheidung auf Antrag nicht am Verfahren beteiligter Dritter Anmerkung: 1. Neben der Gebühr werden Auslagen nicht erhoben. 2. Die Behörde kann von der Erhebung der Gebühr ganz oder teilweise absehen, wenn gerichtliche Entscheidungen für Zwecke verlangt werden, deren Verfolgung überwiegend im öffentlichen Interesse liegt. 3. § 20 Justizverwaltungskostengesetz ist entsprechend anzuwenden.	15

Artikel 2[2])

Änderung des Hinterlegungsgesetzes

Das Hinterlegungsgesetz vom 8. Oktober 2010 (GVBl. I S. 306), geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2012 (GVBl. S. 622), wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Satz 2 wird die Angabe „vom 5. November 1969 (BGBl. I S. 2065), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2474)“ durch „in der Fassung vom 14. April 2013 (BGBl. I S. 778, 2014 I S. 46), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Dezember 2014 (BGBl. I S. 2082)“ ersetzt.
2. In § 5 Abs. 2 wird die Angabe „30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449)“ durch „23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586)“ ersetzt.
3. In § 8 Abs. 3 wird die Angabe „17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586)“ durch „21. Januar 2013 (BGBl. I S. 91)“ ersetzt.
4. § 12 wird wie folgt gefasst:

   „§ 12

   Verzinsung

   Hinterlegtes Geld wird nicht verzinst. Dies gilt auch für Beträge, die aus der Einlösung von Wertpapieren, Zins- und Gewinnanteilscheinen oder in ähnlicher Weise anfallen.“
5. In § 28 Abs. 1 Nr. 2 wird die Angabe „29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2258)“ durch „7. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2582)“ ersetzt.
6. § 32 wird wie folgt geändert:

   a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

   „§ 32

   Übergangsvorschriften“

   b) Als Abs. 3 wird angefügt:

   „(3) Zinsansprüche, die bis zum 2. April 2015 nach dem bis dahin geltenden Recht entstanden sind, bleiben unberührt. Berechnung und Auszahlung der Zinsen erfolgen nur auf Antrag des Empfangsberechtigten. Der Antrag ist spätestens drei Monate, nachdem der Empfangsberechtigte von dem Erlass der Herausgabeanordnung benachrichtigt worden ist oder in sonstiger Weise vom Erlass der Herausgabeanordnung erfahren hat, bei der Hinterlegungsstelle, die das Hinterlegungsverfahren führt, schriftlich oder zu Protokoll der Geschäftsstelle zu stellen.“

Artikel 3

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.
Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Wiesbaden, den 25. März 2015

Der Hessische Ministerpräsident
Bouffier

Die Hessische Ministerin der Justiz
Kühne-Hörmann

[2]) Ändert FFN 234-5

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Gesetz zur Änderung der Hessischen Ausführungsgesetze zum Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz und zum Tierseuchengesetz

Vom 24. März 2015

Artikel 1[1])

Änderung des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz

Das Hessische Ausführungsgesetz zum Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz vom 14. Dezember 2010 (GVBl. I S. 621) wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Satz 1 wird die Angabe „Verordnung vom 7. Mai 2009 (BGBl. I S. 1044)“ durch „Gesetz vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3044)“ ersetzt.
2. In § 3 Abs. 1 Satz 1 wird die Angabe „vom 17. März 1970 (GVBl. I S. 225), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31. Januar 2005 (GVBl. I S. 54),“ durch „in der Fassung vom 24. März 2013 (GVBl. S. 134)“ ersetzt.
3. § 8 wird wie folgt geändert:
   a) Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

      „Abweichend von § 3 Abs. 1 und 2 trägt die nach § 1 Abs. 1 Satz 1 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Tierseuchengesetz vom 14. Dezember 2010 (GVBl. I S. 621, 623), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. März 2015 (GVBl. S. 130), errichtete Tierseuchenkasse die Gebühren oder privatrechtlichen Entgelte für die Beseitigung der in Tierhaltungen in Hessen anfallenden Tierkörper der in § 16 Abs. 2 Satz 1 und 2 des Tiergesundheitsgesetzes vom 22. Mai 2013 (BGBl. I S. 1324) genannten Tiere und der Tierkörper anderer in Hessen als Haustiere gehaltener Einhufer.“

   b) In Abs. 3 Satz 4 und Abs. 4 Satz 1 wird das Wort „Tierseuchengesetz“ jeweils durch „Tiergesundheitsgesetz“ ersetzt.

Artikel 2[2])

Änderung des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Tierseuchengesetz

Das Hessische Ausführungsgesetz zum Tierseuchengesetz vom 14. Dezember 2010 (GVBl. I S. 621, 623), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2012 (GVBl. S. 622), wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

   „Hessisches Ausführungsgesetz zum Tiergesundheitsgesetz (HAGTierGesG)“
2. In § 1 Abs. 2 wird die Angabe „17. Dezember 2007 (GVBl. I S. 908)“ durch „26. Juni 2013 (GVBl. S. 447)“ ersetzt.
3. § 2 wird wie folgt geändert:
   a) In Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 werden die Wörter „Tierbesitzerinnen und Tierbesitzer“ durch „Tierhalterinnen und Tierhalter“ und wird die Angabe „§ 71 Abs. 1 Satz 3 des Tierseuchengesetzes in der Fassung vom 22. Juni 2004 (BGBl. I S. 1261, 3588), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2930),“ durch „§ 20 Abs. 2 Satz 1 des Tiergesundheitsgesetzes vom 22. Mai 2013 (BGBl. I S. 1324)“ ersetzt.

   b) In Abs. 7 wird die Angabe „14. Dezember 2009 (GVBl. I S. 635)“ durch „27. Mai 2013 (GVBl. S. 218)“ ersetzt.
4. In § 4 Abs. 2 wird die Angabe „§ 107b des Hessischen Beamtenversorgungsgesetzes in der Fassung vom 28. Januar 2011 (GVBl. I S. 98)“ durch „§ 83 des Hessischen Beamtenversorgungsgesetzes vom 27. Mai 2013 (GVBl. S. 218, 312), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. November 2013 (GVBl. S. 578)“ ersetzt.
5. § 5 wird wie folgt geändert:
   a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:
      aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst:

      „Zur Deckung der Kosten der

      1. Entschädigungen nach § 15 und Kostenerstattungen nach § 16 Abs. 4 Satz 2 des Tiergesundheitsgesetzes,
      2. Leistungen nach § 7 Abs. 1

      sind von den Tierhalterinnen und Tierhaltern der in § 20 Abs. 2 Satz 1 des Tiergesundheitsgesetzes genannten Tierarten, bei Fischen von den Fischereiberechtigten und Fischereiausübungsberechtigten, Beiträge zu erheben.“

      bb) In Satz 2 wird die Angabe „§ 1 Abs. 2 des Tierseuchengesetzes“ durch „§ 2 Nr. 4 des Tiergesundheitsgesetzes“ ersetzt.

   b) In Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 wird die Angabe „§ 66 und Kostenerstattun-

[1]) Ändert FFN 356-186
[2]) Ändert FFN 356-187

gen nach § 67 Abs. 4 Satz 2 des Tierseuchengesetzes" und in Abs. 3 die Angabe „§ 66 und die Kostenerstattungen nach § 67 Abs. 4 Satz 2 des Tierseuchengesetzes" jeweils durch „§ 15 und Kostenerstattungen nach § 16 Abs. 4 Satz 2 des Tiergesundheitsgesetzes" ersetzt.

c) In Abs. 4 werden nach dem Wort „Bienen" ein Komma und das Wort „Hummeln" eingefügt sowie die Wörter „Tierbesitzerinnen oder Tierbesitzer" durch „Tierhalterinnen und Tierhalter" ersetzt.

d) In Abs. 5 Satz 1 werden die Wörter „Tierbesitzerin oder dem Tierbesitzer" durch „Tierhalterin oder dem Tierhalter" ersetzt.

e) Abs. 6 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 2 wird wie folgt geändert:

aaa) Die Wörter „Tierbesitzerinnen und Tierbesitzer" werden durch „Tierhalterinnen und Tierhalter" ersetzt.

bbb) In Nr. 1 werden die Wörter „Tierbesitzerin oder des Tierbesitzers" durch „Tierhalterin oder des Tierhalters" ersetzt.

ccc) Der Nr. 4 wird die Angabe „zuletzt geändert durch Verordnung vom 17. April 2014 (BGBl. I S. 388)," angefügt.

bb) In Satz 5 und 6 werden die Wörter „Tierbesitzerin oder der Tierbesitzer" jeweils durch „Tierhalterin oder der Tierhalter" ersetzt.

6. § 6 wird wie folgt geändert:

a) In der Überschrift wird das Wort „Tierseuchengesetz" durch „Tiergesundheitsgesetz" ersetzt.

b) In Satz 1 wird die Angabe „§ 66 und die Kostenerstattungen nach § 67 Abs. 4 Satz 2 des Tierseuchengesetzes" durch „§ 15 und Kostenerstattungen nach § 16 Abs. 4 Satz 2 des Tiergesundheitsgesetzes" ersetzt.

c) In Satz 2 wird die Angabe „Verordnung vom 7. Mai 2009 (BGBl. I S. 1044)" durch „Gesetz vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3044)" ersetzt.

7. § 7 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 werden nach dem Wort „Süßwasserfische" ein Komma und das Wort „Hummeln" eingefügt.

b) In Abs. 2 wird die Angabe „§ 67 Abs. 2 Satz 1 des Tierseuchengesetzes" durch „§ 16 Abs. 2 Satz 1 und 2 des Tiergesundheitsgesetzes oder der aufgrund des § 16 Abs. 2 Satz 3 des Tiergesundheitsgesetzes erlassenen Rechtsverordnung" ersetzt.

c) Abs. 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) § 16 Abs. 4 und die §§ 17 bis 22 des Tiergesundheitsgesetzes sowie § 6 Satz 2 gelten entsprechend."

8. In § 8 Nr. 2 wird die Angabe „§ 71 Abs. 2 des Tierseuchengesetzes" durch „§ 20 Abs. 3 des Tiergesundheitsgesetzes" ersetzt.

9. § 9 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 1 werden die Wörter „Tierbesitzerin oder des Tierbesitzers" durch „Tierhalterin oder des Tierhalters" ersetzt.

b) Abs. 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Wörter „Tierbesitzerin oder der Tierbesitzer" durch „Tierhalterin oder der Tierhalter" ersetzt.

bb) Satz 2 wird aufgehoben.

c) Als neue Abs. 3 und Abs. 4 werden eingefügt:

„(3) Soweit der Amtstierärztin oder dem Amtstierarzt die Feststellung des Krankheitszustandes obliegt, sind bei dessen Ermittlung durch Zerlegung eines Tieres die hierfür erforderlichen Teile aufzubewahren, wenn die Tierhalterin oder der Tierhalter bei Mitteilung des amtstierärztlichen Befundes erklärt, die Einholung eines Gutachtens einer oder eines anderen approbierten Tierärztin oder Tierarztes zu beabsichtigen. Die Aufbewahrung hat so zu erfolgen, dass eine Verschleppung von Krankheitserregern ausgeschlossen ist.

(4) Das Regierungspräsidium hat ein weiteres Gutachten einer oder eines anderen approbierten Tierärztin oder Tierarztes einzuholen, wenn

1. das nach Abs. 1 Satz 1 von der Tierhalterin oder dem Tierhalter eingeholte Gutachten hinsichtlich der Feststellung des Krankheitszustandes erheblich von dem amtstierärztlichen Befund abweicht oder

2. aus anderen Gründen erhebliche Zweifel an der Richtigkeit des amtstierärztlichen Befundes bestehen."

d) Der bisherige Abs. 3 wird Abs. 5 und in Satz 2 werden die Wörter „Tierbesitzerin oder dem Tierbesitzer" durch „Tierhalterin oder dem Tierhalter" ersetzt.

10. § 10 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 1 wird die Absatzbezeichnung gestrichen und wird die Angabe „§ 78b des Tierseuchenge-

setzes“ durch „§ 30 Abs. 1 des Tiergesundheitsgesetzes“ ersetzt.

b) Abs. 2 wird aufgehoben.

11. In § 11 Satz 1 wird das Wort „tierseuchenrechtlichen“ durch „tiergesundheitsrechtlichen“ ersetzt.

12. § 12 wird wie folgt geändert:

a) Der Überschrift werden ein Komma und das Wort „Datenübermittlung“ angefügt.

b) Der bisherige Wortlaut wird Abs. 1 und in Satz 1 werden die Wörter „Tierbesitzerinnen und Tierbesitzer“ durch „Tierhalterinnen und Tierhalter“ ersetzt.

c) Als Abs. 2 wird angefügt:

„(2) Die für den Vollzug des Tiergesundheitsrechts zuständigen Behörden und der Landesbetrieb Hessisches Landeslabor als Untersuchungseinrichtung nach § 15 Abs. 3 können Daten über durchgeführte Überwachungsmaßnahmen und deren Ergebnisse sowie über sonstige Maßnahmen gegenseitig übermitteln und verarbeiten, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist.“

13. In § 13 Abs. 2 Nr. 1 werden die Angabe „§ 22 des Tierseuchengesetzes“ durch „einer aufgrund des § 6 Abs. 1 Nr. 18 des Tiergesundheitsgesetzes erlassenen Rechtsverordnung“ und die Wörter „Tierbesitzerin oder der Tierbesitzer“ durch „Tierhalterin oder der Tierhalter“ ersetzt.

14. Nach § 13 wird als neuer § 13a eingefügt:

„§ 13a

Rahmenvereinbarungen

Die für den Vollzug des Tiergesundheitsrechts zuständigen Behörden können Rahmenvereinbarungen mit Dienstleistern über die Durchführung behördlich angeordneter Tötungen von Tieren im Tierseuchenfall abschließen. Der Abschluss einer Rahmenvereinbarung bedarf des Einvernehmens mit dem für Tierseuchenbekämpfung zuständigen Ministerium. Die Halterinnen und Halter der betroffenen Tiere sind verpflichtet, die Leistungen aus der Rahmenvereinbarung in Anspruch zu nehmen. Können diese Leistungen durch die Tierhalterin oder den Tierhalter selbst kostengünstiger durchgeführt werden, kann das Regierungspräsidium Ausnahmen von Satz 3 zulassen.“

15. § 15 wird wie folgt geändert:

a) Der bisherige Wortlaut wird Abs. 1 und wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird das Wort „Tierseuchengesetz“ durch „Tiergesundheitsgesetz“ ersetzt.

bb) In Satz 2 wird das Komma nach dem Wort „Veterinärwesens“ durch das Wort „und“ ersetzt, werden die Wörter „und des Verbraucherschutzes“ gestrichen und wird die Angabe „geändert durch Gesetz vom 14. Dezember 2009 (GVBl. I S. 661)“ durch „zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Oktober 2014 (GVBl. S. 237)“ ersetzt.

b) Als Abs. 2 und 3 werden angefügt:

„(2) Die Aufgaben der approbierten Tierärzte im Sinne des Tiergesundheitsgesetzes und der aufgrund des Tiergesundheitsgesetzes erlassenen Rechtsverordnungen sind von bei den zuständigen Behörden tätigen Amtstierärztinnen und Amtstierärzten wahrzunehmen.

(3) Der Landesbetrieb Hessisches Landeslabor ist zuständige Untersuchungseinrichtung für die Durchführung von amtlichen oder amtlich angeordneten Laboruntersuchungen

1. zur Ermittlung von Tierseuchenausbrüchen,
2. zur epidemiologischen Bewertung der Verbreitung von Tierseuchen,
3. zur Seuchenfrüherkennung,
4. für rechtlich vorgeschriebene Bestands- und Kontrolluntersuchungen und
5. im Rahmen von Monitoring- und Bekämpfungsprogrammen.“

Artikel 3

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Wiesbaden, den 24. März 2015

Der Hessische Ministerpräsident

Bouffier

Die Hessische Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Hinz

Verordnung zur Änderung der Anpassungsverordnung zum Landesaufnahmegesetz*)

Vom 24. März 2015

Aufgrund des § 7 Abs. 5 des Landeaufnahmegesetzes vom 5. Juli 2007 (GVBl. I S. 399), geändert durch Gesetz vom 27. September 2012 (GVBl. S. 290), verordnet die Landesregierung:

Artikel 1

§ 1 Satz 2 der Anpassungsverordnung zum Landesaufnahmegesetz vom 12. Dezember 2013 (GVBl. S. 688) wird wie folgt geändert:

1. In Nr. 5 wird die Angabe „ab dem 1. Januar 2014“ durch „für den Zeitraum vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014“ ersetzt.
2. Als Nr. 6 wird angefügt:

   „6. ab dem 1. Januar 2015:

   a) den Städten Darmstadt, Frankfurt am Main, Offenbach und Wiesbaden 209,86 Euro,

   b) der Stadt Kassel, den Landkreisen Bergstraße, Darmstadt-Dieburg, Groß-Gerau, Hochtaunus, Main-Kinzig, Main-Taunus, Odenwald, Offenbach, Rheingau-Taunus und Wetterau 203,95 Euro,

   c) den Landkreisen Fulda, Gießen, Hersfeld-Rotenburg, Kassel, Lahn-Dill, Limburg-Weilburg, Marburg-Biedenkopf, Schwalm-Eder, Vogelsberg, Waldeck-Frankenberg, Werra-Meißner 194,46 Euro.“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 24. März 2015

Hessische Landesregierung

Der Ministerpräsident
Bouffier

Der Minister
für Soziales und Integration
Grüttner

*) Ändert FFN 37-55

Verordnung über die Laufbahnfachrichtung Polizei (Hessische Polizeilaufbahnverordnung – HPolLV)*)

Vom 10. März 2015

Aufgrund des § 107 Abs. 3 des Hessischen Beamtengesetzes vom 27. Mai 2013 (GVBl. S. 218, 508), geändert durch Gesetz vom 20. November 2013 (GVBl. S. 578), verordnet der Minister des Innern und für Sport im Einvernehmen mit dem Direktor des Landespersonalamtes:

Inhaltsübersicht

ERSTER TEIL
Gemeinsame Vorschriften

§ 1 Geltungsbereich
§ 2 Laufbahngruppen, Ämter
§ 3 Aufstiegsgrundsatz, Verwendung
§ 4 Einstellung, Vorbereitungsdienst
§ 5 Auswahlverfahren
§ 6 Erwerb der fachlichen Befähigung
§ 7 Personalentwicklung, Personalführung
§ 8 Probezeit
§ 9 Fortbildung
§ 10 Dienstliche Beurteilung
§ 11 Beförderung
§ 12 Wechsel zwischen Schutzpolizei und Kriminalpolizei

ZWEITER TEIL
Gehobener Dienst

§ 13 Besondere Einstellungsvoraussetzungen für den gehobenen Polizeivollzugsdienst
§ 14 Prüfungen
§ 15 Bewertung der Leistungen
§ 16 Praktikantinnen und Praktikanten
§ 17 Besondere Einstellungsvoraussetzungen für Bewerberinnen und Bewerber mit Bachelorabschluss
§ 18 Qualifikationsstudium zum Ablegen der Laufbahnprüfung für den gehobenen Dienst

DRITTER TEIL
Höherer Dienst

§ 19 Prüfungsgebundener Aufstieg in den höheren Polizeivollzugsdienst
§ 20 Erfahrungsaufstieg in den höheren Polizeivollzugsdienst
§ 21 Besondere Einstellungsvoraussetzungen für Bewerberinnen und Bewerber mit Masterabschluss
§ 22 Wechsel in den höheren Polizeivollzugsdienst mit zweiter juristischer Staatsprüfung

VIERTER TEIL
Übergangsvorschriften für den mittleren Dienst

§ 23 Übergangsregelung
§ 24 Ämter
§ 25 Probezeit
§ 26 Beförderung
§ 27 Wechsel zwischen Schutzpolizei und Kriminalpolizei

FÜNFTER TEIL
Übergangsvorschriften und Schlussvorschriften

§ 28 Übergangsregelung zur Ausbildung und Prüfung
§ 29 Aufhebung bisherigen Rechts
§ 30 Inkrafttreten

ERSTER TEIL
Gemeinsame Vorschriften

§ 1
Geltungsbereich

(1) Diese Verordnung gilt für die Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten des Landes Hessen.

(2) Zum Polizeivollzugsdienst gehören die Laufbahnzweige der Schutzpolizei und der Kriminalpolizei. Die Bereitschaftspolizei und die Wasserschutzpolizei sind Bereiche der Schutzpolizei.

§ 2
Laufbahngruppen, Ämter

(1) Der Polizeivollzugsdienst gliedert sich in die Laufbahngruppen des gehobenen und des höheren Dienstes.

(2) Sie umfassen

1. im gehobenen Dienst die Ämter

   der Polizeikommissarin und des Polizeikommissars,
   der Kriminalkommissarin und des Kriminalkommissars,
   der Polizeioberkommissarin und des Polizeioberkommissars,
   der Kriminaloberkommissarin und des Kriminaloberkommissars,
   der Polizeihauptkommissarin und des Polizeihauptkommissars,

*) FFN 322-139

der Kriminalhauptkommissarin und des Kriminalhauptkommissars,
der Ersten Polizeihauptkommissarin und des Ersten Polizeihauptkommissars,
der Ersten Kriminalhauptkommissarin und des Ersten Kriminalhauptkommissars,

2. im höheren Dienst die Ämter

der Polizeirätin und des Polizeirats,
der Kriminalrätin und des Kriminalrats,
der Polizeioberrätin und des Polizeioberrats,
der Kriminaloberrätin und des Kriminaloberrats,
der Polizeidirektorin und des Polizeidirektors,
der Kriminaldirektorin und des Kriminaldirektors,
der Leitenden Polizeidirektorin und des Leitenden Polizeidirektors,
der Leitenden Kriminaldirektorin und des Leitenden Kriminaldirektors,
der Abteilungsdirektorin oder des Abteilungsdirektors bei dem Polizeipräsidium Frankfurt am Main,
der Präsidentin oder des Präsidenten der Polizeiakademie Hessen,
der Vizepräsidentin oder des Vizepräsidenten des Hessischen Landeskriminalamtes,
der Vizepräsidentin oder des Vizepräsidenten des Hessischen Bereitschaftspolizeipräsidiums,
der Präsidentin oder des Präsidenten des Hessischen Bereitschaftspolizeipräsidiums,
der Landeskriminaldirektorin oder des Landeskriminaldirektors,
der Inspekteurin oder des Inspekteurs der Hessischen Polizei.

(3) Beamtinnen und Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes sind

die Polizeivizepräsidentinnen und Polizeivizepräsidenten,
die Polizeipräsidentinnen und Polizeipräsidenten,
die Vizepräsidentin oder der Vizepräsident des Präsidiums für Technik, Logistik und Verwaltung,
die Präsidentin oder der Präsident des Präsidiums für Technik, Logistik und Verwaltung,
die Präsidentin oder der Präsident des Hessischen Landeskriminalamtes,
die Landespolizeivizepräsidentin oder der Landespolizeivizepräsident und
die Landespolizeipräsidentin oder der Landespolizeipräsident.

§ 3

Aufstiegsgrundsatz, Verwendung

(1) Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten steht nach ihrer Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung der Aufstieg in die nächsthöhere Laufbahngruppe des Polizeivollzugsdienstes offen, soweit diese Verordnung oder ein Gesetz nichts anderes bestimmt.

(2) Der höhere Dienst wird grundsätzlich durch Aufstiegsbeamtinnen und Aufstiegsbeamte (Einheitslaufbahn) ergänzt.

(3) Soweit ein dienstliches Bedürfnis besteht, können unter Beachtung des Grundsatzes der Einheitslaufbahn geeignete Bewerberinnen und Bewerber unmittelbar in die Laufbahngruppe des gehobenen oder höheren Polizeivollzugsdienstes eingestellt werden.

§ 4

Einstellung, Vorbereitungsdienst

(1) In den Polizeivollzugsdienst kann eingestellt werden, wer die beamtenrechtlichen Voraussetzungen erfüllt und

1. gerichtlich nicht bestraft ist,
2. in geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen lebt,
3. polizeidiensttauglich ist,
4. für die angestrebte Laufbahn geeignet erscheint und
5. die besonderen Einstellungsvoraussetzungen erfüllt.

Die oberste Polizeibehörde kann Ausnahmen von Satz 1 Nr. 1 zulassen. Die Polizeidiensttauglichkeit ist durch ein polizeiärztliches Gutachten festzustellen.

(2) Bewerberinnen und Bewerber für den Polizeivollzugsdienst werden unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Widerruf in den Vorbereitungsdienst einer Laufbahngruppe eingestellt, soweit diese Verordnung nichts anderes bestimmt.

§ 5

Auswahlverfahren

(1) Jede Bewerberin und jeder Bewerber nimmt vor der Einstellung an einem Auswahlverfahren teil. Das Gleiche gilt vor der Zulassung zur Ausbildung für den höheren Polizeivollzugsdienst.

(2) Das Auswahlverfahren dient der Feststellung der Eignung, der Leistung und der Befähigung. Es wird vor einem Auswahlausschuss durchgeführt. Die oberste Polizeibehörde bestimmt die Zusammensetzung dieses Ausschusses und das Auswahlverfahren.

(3) Ein erfolglos durchlaufenes Auswahlverfahren kann einmal wiederholt werden.

§ 6

Erwerb der fachlichen Befähigung

(1) Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte erwerben die fachliche Befähigung für den gehobenen Dienst der Laufbahnfachrichtung Polizei durch den erfolgreichen Abschluss eines Studiums für den gehobenen Polizeivollzugsdienst. Die Laufbahnbefähigung für den höheren Polizeivollzugsdienst wird durch den erfolgreichen Abschluss des Studiums für den höheren Polizeivollzugsdienst an der Deutschen Hochschule der Polizei erworben. Im Übrigen finden die §§ 27 bis 33 der Hessischen Laufbahnverordnung vom 17. Februar 2014 (GVBl. S. 57) Anwen-

dung. Zuständige Behörde für die Anerkennung von Berufsqualifikationen ist die oberste Polizeibehörde.

(2) Beamtinnen und Beamte der Laufbahnzweige Schutzpolizei und Kriminalpolizei sind soweit wie möglich gemeinsam auszubilden.

(3) Das Studium gliedert sich in Abschnitte. Dauer und Inhalt richten sich nach den Vorkenntnissen und der angestrebten Tätigkeit. Die Dauer des Studiums wird durch diese Verordnung bestimmt.

(4) Für Bewerberinnen und Bewerber, an deren Gewinnung für den Polizeivollzugsdienst wegen ihrer Berufsausbildung ein besonderes Interesse besteht, können im Einzelfall mit Zustimmung der obersten Polizeibehörde Ausnahmen von der Pflicht zur Teilnahme an einzelnen Ausbildungsabschnitten zugelassen werden, wenn dadurch ihre Verwendung nicht beeinträchtigt wird.

(5) Wer bei einem anderen Dienstherrn die Befähigung für eine Laufbahn des Polizeivollzugsdienstes erworben hat, besitzt die entsprechende Befähigung auch im Geltungsbereich dieser Verordnung.

(6) Im Einzelfall kann mit Zustimmung der obersten Polizeibehörde eine sonstige Befähigung als Befähigung für eine Laufbahn der Polizei anerkannt werden, wenn sie gleichwertig ist. Vor ihrer Übernahme werden Beamtinnen und Beamte, die eine derartige Befähigung nachweisen, ein Jahr theoretisch und praktisch in den neuen Aufgaben unterwiesen.

§ 7

Personalentwicklung, Personalführung

Eignung, Befähigung und fachliche Leistung sollen durch geeignete Personalentwicklungsmaßnahmen und Personalführungsmaßnahmen gefördert werden.

§ 8

Probezeit

(1) Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte auf Widerruf werden nach Erwerb der Befähigung für ihre Laufbahngruppe in das Beamtenverhältnis auf Probe berufen. In der Probezeit soll sich insbesondere erweisen, ob die Polizeivollzugsbeamtin oder der Polizeivollzugsbeamte die für eine Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit notwendigen Anforderungen an Eignung, Befähigung und fachliche Leistung erfüllt. Für die Feststellung der Bewährung gilt ein strenger Maßstab. Als Grundlage für die Entscheidung über die Bewährung während der Probezeit ist nach achtzehn Monaten ein Zwischenbericht über Eignung, Befähigung und fachliche Leistung der Polizeivollzugsbeamtin oder des Polizeivollzugsbeamten zu erstellen. Vor Ablauf der Probezeit wird in einem Abschlussbericht festgestellt, ob die Polizeivollzugsbeamtin oder der Polizeivollzugsbeamte sich in vollem Umfang bewährt hat.

(2) Die regelmäßige Probezeit dauert drei Jahre. Die Mindestprobezeit beträgt ein Jahr. Ist die Bewährung in der Regelprobezeit nicht feststellbar, kann diese um höchstens zwei Jahre verlängert werden. Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte, die sich während der Probezeit nicht bewähren, werden entlassen. Die sich aus Satz 1 und 3 ergebende maximale Dauer der Probezeit von fünf Jahren verlängert sich um die Zeit einer Elternzeit oder einer Beurlaubung unter Wegfall der Besoldung.

(3) Tätigkeiten innerhalb des öffentlichen Dienstes, die nach Art und Schwierigkeit mindestens der Tätigkeit in einem Amt der betreffenden Laufbahn entsprochen haben, können mit Zustimmung der obersten Polizeibehörde bis zu einer Mindestprobezeit von einem Jahr angerechnet werden, wenn sie nicht bereits auf den Vorbereitungsdienst angerechnet worden sind.

(4) Die Eingangsämter sollen den Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten nach der Rangfolge der Prüfungsergebnisse verliehen werden.

§ 9

Fortbildung

(1) Die oberste Polizeibehörde fördert und regelt die dienstliche Fortbildung, damit die Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten über die Anforderungen ihrer Laufbahn unterrichtet bleiben und auch steigenden Anforderungen ihres Amtes gewachsen sind.

(2) Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte sind verpflichtet, sich selbst beruflich fortzubilden und an der dienstlichen Fortbildung teilzunehmen.

(3) Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte, die ihre Leistung durch Fortbildung wesentlich gesteigert haben, sind zu fördern. Sie sollen Gelegenheit erhalten, ihre besonderen Fachkenntnisse anzuwenden.

(4) Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte können in jedem Bereich ihrer Laufbahn verwendet werden. Die oberste Polizeibehörde kann die Wahrnehmung von Aufgaben in bestimmten Bereichen von dem erfolgreichen Besuch von Fortbildungslehrgängen abhängig machen.

(5) Für besondere Aufgaben können Funktionslehrgänge oder Zusatzausbildungen vorgeschrieben werden. Die so ausgebildeten Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten sollen nicht ohne zwingenden Grund für andere Aufgaben verwendet werden.

(6) Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten in Teilzeitbeschäftigung ist der gleichberechtigte Zugang zu den Fortbildungsmaßnahmen wie vollzeitbeschäftigten Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten zu ermöglichen.

§ 10

Dienstliche Beurteilung

Die Beurteilung der Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten nach § 59 Abs. 1 Satz 1 des Hessischen Beamtengesetzes erfolgt nach den Vorgaben der §§ 39 bis 41 der Hessischen Laufbahnverordnung.

§ 11

Beförderung

(1) Beförderung ist die Verleihung eines anderen Amtes mit höherem Endgrundgehalt.

(2) Der Erwerb der Befähigung für die jeweilige Laufbahngruppe ist Voraussetzung für die Verleihung des Eingangsamtes und die Beförderung bis zum Spitzenamt dieser Laufbahngruppe.

(3) Die Beförderung von Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten, die regelmäßig zu durchlaufende Ämter bekleiden, darf nicht innerhalb der Probezeit und nicht vor Ablauf eines Jahres nach Beendigung der Probezeit und nicht vor Ablauf von zwei Jahren nach der letzten Beförderung erfolgen. Ein Amt, das regelmäßig zu durchlaufen ist, darf nicht übersprungen werden. Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten mit Fachprüfung I, die prüfungsfrei in den gehobenen Polizeivollzugsdienst übernommen wurden, kann höchstens ein Amt der Besoldungsgruppe A 11 verliehen werden.

(4) § 10 Abs. 4 bis 6 der Hessischen Laufbahnverordnung gelten entsprechend.

(5) Über Ausnahmen von Abs. 3 entscheidet die Direktorin oder der Direktor des Landespersonalamtes im Einvernehmen mit der obersten Polizeibehörde und im Benehmen mit der Landespersonalkommission.

§ 12

Wechsel zwischen
Schutzpolizei und Kriminalpolizei

(1) Ein Wechsel zwischen Schutzpolizei und Kriminalpolizei ist möglich, wenn ein dienstliches Bedürfnis besteht. Beamtinnen und Beamte des höheren Dienstes bedürfen dazu der Zustimmung der obersten Polizeibehörde.

(2) Den Wechsel zwischen Schutzpolizei und Kriminalpolizei innerhalb derselben Laufbahngruppe kann die oberste Polizeibehörde von der erfolgreichen Einführung in die neuen Aufgaben und der erfolgreichen Teilnahme an einer Fortbildung abhängig machen.

(3) Der Wechsel zwischen Schutzpolizei und Kriminalpolizei ist bei Aufstieg in den höheren Polizeivollzugsdienst nach § 19 möglich, wenn

1. die Laufbahnprüfung für den höheren Polizeivollzugsdienst (Masterprüfung) bestanden worden ist und
2. ein dienstliches Bedürfnis besteht.

(4) Die Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten führen ihre bisherige Amtsbezeichnung weiter, bis ihnen ein Amt des anderen Laufbahnzweiges übertragen und eine entsprechende Amtsbezeichnung verliehen wird.

ZWEITER TEIL

Gehobener Dienst

§ 13

Besondere
Einstellungsvoraussetzungen
für den gehobenen Polizeivollzugsdienst

(1) Als Polizeikommissar-Anwärterin oder Polizeikommissar-Anwärter oder als Kriminalkommissar-Anwärterin oder Kriminalkommissar-Anwärter kann eingestellt werden, wer

1. die Voraussetzungen nach § 4 Abs. 1 erfüllt,
2. eine zu einem Hochschulstudium berechtigende Schulbildung oder einen als gleichwertig anerkannten Bildungsstand im Sinne des § 54 des Hessischen Hochschulgesetzes vom 14. Dezember 2009 (GVBl. I S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Mai 2013 (GVBl. S. 218), besitzt und
3. das 33. Lebensjahr nicht vollendet hat.

(2) Bewerberinnen und Bewerber, die wegen einer Betreuung mindestens eines mit ihnen in häuslicher Gemeinschaft lebenden Kindes unter 18 Jahren oder wegen der tatsächlichen Pflege eines nach ärztlichem Gutachten pflegebedürftigen nahen Angehörigen von einer Bewerbung vor Vollendung des 33. Lebensjahres abgesehen haben, können bis zur Vollendung des 38. Lebensjahres eingestellt werden.

(3) Der Vorbereitungsdienst besteht aus einem dreijährigen Studiengang. Die Laufbahnprüfung wird in Form von Modulprüfungen abgelegt. Der Vorbereitungsdienst endet mit Ablauf des Tages, an dem

1. das Bestehen der Laufbahnprüfung oder
2. das endgültige Nichtbestehen der Laufbahnprüfung oder einer Modulprüfung

bekanntgegeben wird. Die oberste Polizeibehörde kann Studiendauer und Vorbereitungsdienst zur Förderung des Spitzensports verlängern.

(4) Der Vorbereitungsdienst kann im Einzelfall verlängert werden, wenn er wegen

1. einer Erkrankung,
2. eines Beschäftigungsverbots für die Zeit vor oder nach einer Entbindung nach mutterschutzrechtlichen Vorschriften,
3. einer Elternzeit,

4. der Ableistung von Wehrübungen, die sechs Wochen im Kalenderjahr überschreiten, oder
5. anderer zwingender Gründe

unterbrochen wurde und durch die Verkürzung von Studienabschnitten die zielgerechte Fortsetzung des Vorbereitungsdienstes nicht gewährleistet ist. Dabei können Abweichungen vom Studienverlaufsplan zugelassen werden. Bei Teilzeitbeschäftigung gelten Satz 1 und 2 entsprechend. In den Fällen des Satz 1 Nr. 1 und 5 und des Satz 3 kann der Vorbereitungsdienst höchstens zweimal, insgesamt jedoch nicht mehr als 24 Monate verlängert werden.

§ 14

Prüfungen

(1) Das Studium endet mit einer Prüfung, soweit diese Verordnung nichts anderes bestimmt. Die Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Studiengänge Bachelor of Arts Polizeivollzugsdienst „Schutzpolizei“ und „Kriminalpolizei“ vom 10. März 2015 (StAnz. S. 458) kann bestimmen, dass während des Studiums Modulprüfungen vorzusehen sind. Sofern ein Modul mit einer Leistungsbewertung abschließt und diese nicht mit mindestens „ausreichend“ bewertet wurde, ist das betroffene Modul zu wiederholen.

(2) Die Prüfungen sind nicht öffentlich. Für die Abnahme der Prüfungen sowie für alle Maßnahmen und Entscheidungen, die diese unmittelbar betreffen, sind die nach der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen Polizeivollzugsdienst bestimmten Personen zuständig.

(3) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses sowie die Prüferinnen und Prüfer sind bei der Beurteilung der Prüfungsleistungen unabhängig und an Weisungen nicht gebunden. Sie sind verpflichtet, ihre Aufgaben objektiv und unparteiisch nach bestem Wissen und Gewissen wahrzunehmen. Die Art des Zustandekommens von Prüfungsentscheidungen unterliegt der Schweigepflicht.

(4) Eine nichtbestandene Modulprüfung kann einmal wiederholt werden. In Härtefällen kann eine zweite Wiederholung einer Modulprüfung beim Prüfungsausschuss beantragt werden. Der Antrag ist unverzüglich zu stellen.

(5) Für Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte auf Widerruf, die die Modulprüfungen auch nach Wiederholung nicht bestanden haben, endet das Beamtenverhältnis mit dem Ablauf des Tages, an dem ihnen das Prüfungsergebnis bekannt gegeben wird. Die Beantragung einer zweiten Wiederholung aufgrund eines Härtefalls führt nicht zur Fortsetzung des Vorbereitungsdienstes.

§ 15

Bewertung der Leistungen

(1) Während des Studiums für den gehobenen Polizeivollzugsdienst und in den Prüfungen werden folgende Punktzahlen und die sich daraus ergebenden Noten erteilt:

Notenstufen	**Bewertung**
15 bis 14 Punkte = sehr gut (1)	für eine Leistung, die den Anforderungen in besonderem Maße entspricht
13 bis 11 Punkte = gut (2)	für eine Leistung, die den Anforderungen voll entspricht
10 bis 8 Punkte = befriedigend (3)	für eine Leistung, die im Allgemeinen den Anforderungen entspricht
7 bis 5 Punkte = ausreichend (4)	für eine Leistung, die zwar Mängel aufweist, aber im Ganzen den Anforderungen noch entspricht
4 bis 0 Punkte = nicht ausreichend (5)	für eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt

(2) Die Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen Polizeivollzugsdienst legt fest, wie die Abschlussnote zu bilden ist.

§ 16

Praktikantinnen und Praktikanten

(1) Praktikantinnen und Praktikanten nach § 108 des Hessischen Beamtengesetzes müssen vor der Berufung zur Polizeikommissar-Anwärterin oder zum Polizeikommissar-Anwärter zum Erwerb der Fachhochschulreife am Unterricht der Fachoberschule teilnehmen. Einzelheiten bestimmt die Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Studiengänge Bachelor of Arts Polizeivollzugsdienst „Schutzpolizei“ und „Kriminalpolizei“.

(2) Bei der Einberufung in das öffentlich-rechtliche Ausbildungsverhältnis dürfen sie das 26. Lebensjahr nicht vollendet haben.

§ 17

Besondere Einstellungsvoraussetzungen für Bewerberinnen und Bewerber mit Bachelorabschluss

(1) Als Polizeikommissarin oder Polizeikommissar oder als Kriminalkommissarin oder Kriminalkommissar unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe kann nach § 3 Abs. 3 eingestellt werden, wer

1. die Voraussetzungen des § 4 Abs. 1 erfüllt,
2. ein geeignetes Hochschulstudium nach § 15 Abs. 3 Nr. 2 Buchst. b des Hessischen Beamtengesetzes mit einem Bachelor oder einem gleichwerti-

gen Abschluss abgeschlossen hat und dadurch über Kenntnisse und Fähigkeiten verfügt, die für die Verwendung im Polizeidienst förderlich sind, und

3. das 35. Lebensjahr nicht vollendet hat.

Die oberste Polizeibehörde kann im Einzelfall Ausnahmen von Satz 1 Nr. 3 bis zur Vollendung des 38. Lebensjahres zulassen, wenn die Ausnahmeerteilung erforderlich ist, um die Erledigung der öffentlichen Aufgabe sicherzustellen und um Bewerberinnen und Bewerber mit besonderer individueller Qualifikation oder Berufserfahrung zu gewinnen.

(2) Bewerberinnen und Bewerber, die wegen einer Betreuung mindestens eines mit ihnen in häuslicher Gemeinschaft lebenden Kindes unter 18 Jahren oder wegen der tatsächlichen Pflege eines nach ärztlichem Gutachten pflegebedürftigen sonstigen Angehörigen von einer Bewerbung vor Vollendung des 35. Lebensjahres abgesehen haben, können bis zur Vollendung des 40. Lebensjahres eingestellt werden. Abs. 1 Satz 2 bleibt unberührt.

(3) Innerhalb der Probezeit werden sie in die Aufgaben des gehobenen Polizeivollzugsdienstes eingewiesen und nehmen an einem halbjährigen Einführungslehrgang teil. Das erfolgreiche Bestehen ist Voraussetzung für die weitere Verwendung.

§ 18

Qualifikationsstudium zum Ablegen der Laufbahnprüfung für den gehobenen Dienst

(1) Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte mit der Befähigung für den mittleren Polizeivollzugsdienst können zu einem Qualifikationsstudium zugelassen werden, um die Laufbahnprüfung für den gehobenen Polizeivollzugsdienst abzulegen.

(2) Zum Qualifikationsstudium kann zugelassen werden, wer

1. zur Wahrnehmung von Tätigkeiten in allen Ämtern des gehobenen Polizeivollzugsdienstes geeignet erscheint,
2. nach Erwerb der Befähigung für den mittleren Dienst mindestens zwei Jahre Dienst bei der hessischen Polizei verrichtet sowie überdurchschnittliche dienstliche Leistungen gezeigt und
3. das 40. Lebensjahr nicht vollendet hat.

Die oberste Polizeibehörde kann Ausnahmen von Satz 1 Nr. 2 und 3 zulassen. Die Ausnahme von Nr. 3 kann gewährt werden, wenn die Zulassung unter Einhaltung der Höchstaltersgrenze aus einem von der Polizeivollzugsbeamtin oder dem Polizeivollzugsbeamten nicht zu vertretenden Grund nicht möglich war.

(3) Bewerberinnen und Bewerber, die wegen einer Betreuung mindestens eines mit ihnen in häuslicher Gemeinschaft lebenden Kindes unter 18 Jahren oder wegen der tatsächlichen Pflege eines nach ärztlichem Gutachten pflegebedürftigen sonstigen Angehörigen von einer Bewerbung vor Vollendung des 40. Lebensjahres abgesehen haben, können bis zur Vollendung des 45. Lebensjahres zum Aufstieg zugelassen werden.

(4) In einem Eignungsfeststellungsverfahren wird die Zulassung zum Qualifikationsstudium geprüft. Die oberste Polizeibehörde bestimmt die Zusammensetzung des Ausschusses und das Auswahlverfahren.

(5) Das Qualifikationsstudium besteht aus einem dreijährigen Studiengang. Dieser kann insoweit gekürzt werden, als die Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten während ihrer bisherigen Tätigkeit bereits hinreichende praktische Kenntnisse erworben haben.

(6) Das Qualifikationsstudium schließt mit der Laufbahnprüfung (Gesamtheit der in diesen Studiengängen abzulegenden Prüfungen) für den gehobenen Polizeivollzugsdienst ab. Mit deren Bestehen erwerben die Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten die Befähigung für alle Ämter des gehobenen Dienstes der Laufbahnfachrichtung Polizei. § 12 bleibt unberührt. Werden eine Modulprüfung oder mehrere Modulprüfungen auch im Wiederholungsfall nicht bestanden, verbleiben sie in ihrer bisherigen Rechtsstellung. § 14 Abs. 4 gilt entsprechend mit der Maßgabe, dass sich die Studienzeit entsprechend verlängert.

(7) Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung zur Ausbildung für den gehobenen Dienst zugelassen waren, gelten als zum Qualifikationsstudium zugelassen.

DRITTER TEIL

Höherer Dienst

§ 19

Prüfungsgebundener Aufstieg in den höheren Polizeivollzugsdienst

(1) Zum Studium für den höheren Polizeivollzugsdienst kann zugelassen werden, wer

1. für den höheren Dienst geeignet erscheint,
2. die Laufbahnprüfung für den gehobenen Polizeivollzugsdienst mindestens mit der Gesamtpunktzahl von 10,5 Punkten bestanden hat,
3. mindestens vier Jahre nach Ablauf der Probezeit in einem Amt seiner Laufbahngruppe tätig war und überdurchschnittliche dienstliche Leistungen gezeigt hat,
4. Kenntnisse der englischen Sprache entsprechend dem Sprachlevel „B 1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen“ nachweist und
5. das 42. Lebensjahr nicht vollendet hat.

Die oberste Polizeibehörde kann bei einer Gesamtpunktzahl von mindestens 9 Punkten Ausnahmen von Satz 1 Nr. 2 zulassen, wenn ein überdurchschnittliches Leistungsvermögen sowie eine besondere Förderungswürdigkeit der Polizeivollzugsbeamtin oder des Polizeivollzugsbeamten festgestellt worden ist. Die Voraussetzungen des Satz 1 Nr. 4 müssen spätestens bei Zulassung zum Studium an der Deutschen Hochschule der Polizei vorliegen. Die oberste Polizeibehörde kann ferner Ausnahmen von der Höchstaltersgrenze nach Satz 1 Nr. 5 bis zur Vollendung des 45. Lebensjahres zulassen, wenn eine Zulassung unter Einhaltung der Höchstaltersgrenze aus einem von der Polizeivollzugsbeamtin oder dem Polizeivollzugsbeamten nicht zu vertretenden Grund nicht möglich war. Im Fall der Wiederholung eines Testteils des Auswahlverfahrens oder der Qualifikationsverwendung findet Satz 1 Nr. 5 keine Anwendung.

(2) Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte, die wegen einer Betreuung mindestens eines mit ihnen in häuslicher Gemeinschaft lebenden Kindes unter 18 Jahren oder wegen der tatsächlichen Pflege eines nach ärztlichem Gutachten pflegebedürftigen sonstigen Angehörigen von einer Bewerbung vor Vollendung des 42. Lebensjahres abgesehen haben, können von der obersten Polizeibehörde bis zur Vollendung des 45. Lebensjahres zum Aufstieg zugelassen werden. Abs. 1 Satz 4 und 5 bleiben unberührt.

(3) Die oberste Polizeibehörde bestimmt Einzelheiten zum Auswahlverfahren, zur Zusammensetzung des Auswahlausschusses sowie zur Durchführung des Auswahlverfahrens. Das Auswahlverfahren kann in mehrere Testteile untergliedert werden.

(4) Das Studium erfolgt in Form eines zweijährigen Masterstudienganges an der Deutschen Hochschule der Polizei. Die Masterprüfung gilt als Laufbahnprüfung für den höheren Dienst. Mit ihrem Bestehen wird die Befähigung für den höheren Dienst der Laufbahnfachrichtung Polizei erworben. Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte, die den Masterstudiengang auch im Wiederholungsfall nicht bestehen, verbleiben in ihrer bisherigen Rechtsstellung.

(5) Bei der Beförderung zur Polizeirätin oder zum Polizeirat oder zur Kriminalrätin oder zum Kriminalrat brauchen die Beförderungsämter des gehobenen Polizeivollzugsdienstes nicht durchlaufen zu werden. Die Ernennung im Eingangsamt des höheren Polizeivollzugsdienstes erfolgt grundsätzlich zum 1. des Monats, der auf das Ablegen der Masterprüfung folgt.

§ 20

Erfahrungsaufstieg in den höheren Polizeivollzugsdienst

Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte können zum Aufstieg in den höheren Polizeivollzugsdienst zugelassen werden, wenn sie zum Zeitpunkt der Entscheidung über die Zulassung

1. mindestens fünf Jahre dem Spitzenamt des gehobenen Dienstes angehören,
2. über umfangreiche Erfahrung in verschiedenen Tätigkeiten des Polizeivollzugsdienstes verfügen, welche in der Regel durch eine Erfahrungszeit von 25 Dienstjahren nachgewiesen wird, und
3. nach ihren Fähigkeiten, dienstlichen Leistungen und ihrer Persönlichkeit erkennen lassen, dass sie den Anforderungen des höheren Dienstes gewachsen sein werden.

Eine Teilzeitbeschäftigung wird bei der Berechnung der Zeiten nach Satz 1 Nr. 1 und 2 einer Vollzeitbeschäftigung gleichgestellt. Zeiten einer Elternzeit nach § 15 des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes vom 5. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2748), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Februar 2013 (BGBl. I S. 254), sowie Zeiten einer Pflege nach § 3 des Pflegezeitgesetzes vom 28. Mai 2008 (BGBl. I S. 874, 896) von bis zu drei Jahren zählen bei der Berechnung der Erfahrungszeit nach Satz 1 Nr. 2 2. Halbsatz mit. Die oberste Polizeibehörde entscheidet über die Zulassung und regelt das Auswahlverfahren zur Feststellung der persönlichen und fachlichen Eignung. Den Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten darf höchstens ein Amt bis zur Besoldungsgruppe A 14 übertragen werden. Eine Beförderung ist frühestens zwei Jahre nach der Ernennung im Eingangsamt des höheren Dienstes möglich. § 11 Abs. 5 gilt im Fall des Satz 6 entsprechend.

§ 21

Besondere Einstellungsvoraussetzungen für Bewerberinnen und Bewerber mit Masterabschluss

(1) Als Polizeirats-Anwärterin oder Polizeirats-Anwärter oder Kriminalrats-Anwärterin oder Kriminalrats-Anwärter kann nach § 3 Abs. 3 unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe eingestellt werden, wer

1. die Voraussetzungen nach § 4 Abs. 1 erfüllt,
2. ein geeignetes Studium an einer Hochschule mit einem Master- oder einem gleichwertigen Abschluss abgeschlossen hat und dadurch über Kenntnisse und Fähigkeiten verfügt, die für die Verwendung im Polizeivollzugsdienst besonders förderlich sind,
3. Kenntnisse der englischen Sprache entsprechend dem Sprachlevel „B 1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen“ nachweist und
4. das 37. Lebensjahr nicht vollendet hat.

Die oberste Polizeibehörde kann von der Höchstaltersgrenze nach Satz 1 Nr. 4 Aus-

nahmen bis zur Vollendung des 40. Lebensjahres zulassen, wenn an der Einstellung einer Bewerberin oder eines Bewerbers ein besonderes dienstliches Interesse besteht. Die Voraussetzungen des Satz 1 Nr. 3 müssen spätestens bei Zulassung zum Studium an der Deutschen Hochschule der Polizei vorliegen. Im Fall der Wiederholung eines Testteils des Auswahlverfahrens findet Satz 1 Nr. 4 keine Anwendung.

(2) Bewerberinnen und Bewerber, die wegen einer Betreuung mindestens eines mit ihnen in häuslicher Gemeinschaft lebenden Kindes unter 18 Jahren oder wegen der tatsächlichen Pflege eines nach ärztlichem Gutachten pflegebedürftigen sonstigen Angehörigen von einer Bewerbung vor Vollendung des 37. Lebensjahres abgesehen haben, können bis zur Vollendung des 40. Lebensjahres eingestellt werden. Abs. 1 Satz 2 und 3 bleiben unberührt.

(3) Der Vorbereitungsdienst dauert drei Jahre. Er umfasst neben der Ausbildung nach § 19 Abs. 5 einen Einführungslehrgang und eine praktische Unterweisung.

(4) Bewerberinnen und Bewerber, die neben den Einstellungsvoraussetzungen nach Abs. 1 das Bestehen der zweiten juristischen Staatsprüfung nachweisen, werden unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe eingestellt und zur Polizeirätin oder zum Polizeirat oder zur Kriminalrätin oder zum Kriminalrat ernannt. Innerhalb der Probezeit werden die Polizeivollzugsbeamtinnen oder die Polizeivollzugsbeamten in den Aufgaben des höheren Polizeivollzugsdienstes unterwiesen.

§ 22

Wechsel in den höheren Polizeivollzugsdienst mit zweiter juristischer Staatsprüfung

Beamtinnen und Beamte, die die zweite juristische Staatsprüfung bestanden haben, können bei Vorliegen eines besonderen dienstlichen Interesses in die Laufbahn des höheren Polizeivollzugsdienstes übernommen werden. Ein Amt des höheren Polizeivollzugsdienstes soll ihnen erst verliehen werden, wenn sie bei verschiedenen Polizeidienststellen in die Aufgaben dieser Laufbahn eingeführt worden sind.

VIERTER TEIL

Übergangsvorschriften für den mittleren Dienst

§ 23

Übergangsregelung

Für die Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten, die sich zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung in der Laufbahngruppe des mittleren Dienstes befinden oder die zu einem späteren Zeitpunkt in den Polizeivollzugsdienst des Landes Hessen versetzt werden und sich zu diesem Zeitpunkt im mittleren Dienst befinden, gelten für die Dauer der Zugehörigkeit zu dieser Laufbahngruppe die nachfolgenden Bestimmungen.

§ 24

Ämter

Die Laufbahngruppe des mittleren Polizeivollzugsdienstes umfasst die Ämter

der Polizeimeisterin und des Polizeimeisters,
der Kriminalmeisterin und des Kriminalmeisters,
der Polizeiobermeisterin und des Polizeiobermeisters,
der Kriminalobermeisterin und des Kriminalobermeisters,
der Polizeihauptmeisterin und des Polizeihauptmeisters,
der Kriminalhauptmeisterin und des Kriminalhauptmeisters.

§ 25

Probezeit

Die Probezeit dauert in der Regel im mittleren Dienst drei Jahre.

§ 26

Beförderung

(1) Die Beförderung von Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten, die regelmäßig zu durchlaufende Ämter bekleiden, darf im mittleren Dienst nicht vor Ablauf der Probezeit oder vor Ablauf eines Jahres nach der letzten Beförderung erfolgen.

(2) Bei der Beförderung zur Polizeikommissarin oder zum Polizeikommissar oder zur Kriminalkommissarin oder zum Kriminalkommissar brauchen die Beförderungsämter des mittleren Polizeivollzugsdienstes nicht durchlaufen zu werden.

§ 27

Wechsel zwischen Schutzpolizei und Kriminalpolizei

(1) Ein Wechsel zwischen Schutzpolizei und Kriminalpolizei ist im mittleren Dienst möglich, wenn ein dienstliches Bedürfnis besteht.

(2) § 12 Abs. 2 und 4 gelten entsprechend.

FÜNFTER TEIL

Übergangsvorschriften und Schlussvorschriften

§ 28

Übergangsregelung zur Ausbildung und Prüfung

Auf Polizeikommissar-Anwärterinnen oder Polizeikommissar-Anwärter oder Kri-

minalkommissar-Anwärterinnen oder Kriminalkommissar-Anwärter, die vor dem 3. April 2015 ihr Studium begonnen haben, finden die §§ 6 bis 8 in der bis dahin geltenden Fassung Anwendung.

§ 29

Aufhebung bisherigen Rechts

Die Verordnung über die Laufbahnen des hessischen Polizeivollzugsdienstes vom 27. September 2002 (GVBl. I S. 629)[1]), zuletzt geändert durch Verordnung vom 21. Februar 2013 (GVBl. S. 89), wird mit Ausnahme des § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 in Verbindung mit Satz 2 aufgehoben. § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 in Verbindung mit Satz 2 der Verordnung nach Satz 1 wird am 1. Oktober 2015 aufgehoben[2]).

§ 30

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Abweichend von Satz 1 tritt § 13 Abs. 1 Nr. 3 am 1. Oktober 2015 in Kraft.

Wiesbaden, den 10. März 2015

Der Hessische Minister
des Innern und für Sport
Beuth

[1]) Ändert FFN 322-121
[2]) Hebt auf FFN 322-121

Sechste Verordnung zur Änderung der Hessischen Ausführungsverordnung zum Gemeindefinanzreformgesetz*)

Vom 16. März 2015

Aufgrund

1. des § 2 des Gemeindefinanzreformgesetzes in der Fassung vom 10. März 2009 (BGBl. I S. 502), geändert durch Gesetz vom 8. Mai 2012 (BGBl. I S. 1030), in Verbindung mit § 9 Nr. 1 der Delegationsverordnung vom 12. Dezember 2007 (GVBl. I S. 859), zuletzt geändert durch Verordnung vom 7. Dezember 2012 (GVBl. S. 562),
2. des § 5c Abs. 2 Satz 3 des Gemeindefinanzreformgesetzes in Verbindung mit § 9 Nr. 4 der Delegationsverordnung

verordnet der Minister der Finanzen:

Artikel 1

Die Hessische Ausführungsverordnung zum Gemeindefinanzreformgesetz vom 11. März 1998 (GVBl. I S. 87, 204), zuletzt geändert durch Verordnung vom 30. Oktober 2012 (GVBl. S. 342), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 wird die Angabe „14. Mai 2012 (GVBl. S. 128)“ durch „27. Juni 2013 (GVBl. S. 446)“ ersetzt.
2. In § 5 Abs. 1 wird die Angabe „29. Juni 2012 (BGBl. I S. 1424)“ durch „22. Dezember 2014 (BGBl. I S. 2411)“ ersetzt.
3. Die Anlagen 1 und 2 erhalten die aus dem Anhang zu dieser Verordnung ersichtliche Fassung.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2015 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.
Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Wiesbaden, den 16. März 2015

Der Hessische Minister
der Finanzen
Dr. Schäfer

*) Ändert FFN 41-22

Anhang zu Art. 1 Nr. 3

ANLAGE 1
(zu § 1)

Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer ab 2015
- Gebietsstand 1. Januar 2015 -

LAND HESSEN		**1,0000000**
	RB Darmstadt	**0,6972895**
	RB Gießen	**0,1451503**
	RB Kassel	**0,1575601**
kreisfreie Städte		
411	**Darmstadt**	**0,0266935**
412	**Frankfurt am Main**	**0,1280357**
413	**Offenbach am Main**	**0,0154398**
414	**Wiesbaden**	**0,0502453**
611	**Kassel**	**0,0262929**
kreisangehörige Gemeinden		
431 001	Abtsteinach	0,0004569
431 002	Bensheim	0,0076915
431 003	Biblis	0,0015965
431 004	Birkenau	0,0017655
431 005	Bürstadt	0,0025576
431 006	Einhausen	0,0012656
431 007	Fürth	0,0015583
431 008	Gorxheimertal	0,0007062
431 009	Grasellenbach	0,0004612
431 010	Groß-Rohrheim	0,0006537
431 011	Heppenheim	0,0044351
431 012	Hirschhorn	0,0005038
431 013	Lampertheim	0,0053790
431 014	Lautertal (Odenwald)	0,0011658
431 015	Lindenfels	0,0007475
431 016	Lorsch	0,0024648
431 017	Mörlenbach	0,0016976
431 018	Neckarsteinach	0,0006151
431 019	Rimbach	0,0013789
431 020	Viernheim	0,0053382
431 021	Wald-Michelbach	0,0014389
431 022	Zwingenberg	0,0014722
	Bergstraße	**0,0453502**
432 001	Alsbach-Hähnlein	0,0018750
432 002	Babenhausen	0,0025855
432 003	Bickenbach	0,0011675
432 004	Dieburg	0,0027365
432 005	Eppertshausen	0,0010424
432 006	Erzhausen	0,0015438
432 007	Fischbachtal	0,0004561
432 008	Griesheim	0,0052326
432 009	Groß-Bieberau	0,0007882
432 010	Groß-Umstadt	0,0036625
432 011	Groß-Zimmern	0,0022485
432 012	Messel	0,0007285
432 013	Modautal	0,0008572
432 014	Mühltal	0,0029951
432 015	Münster	0,0024323
432 016	Ober-Ramstadt	0,0025646
432 017	Otzberg	0,0011572
432 018	Pfungstadt	0,0039390
432 019	Reinheim	0,0028563
432 020	Roßdorf	0,0024607
432 021	Schaafheim	0,0013903
432 022	Seeheim-Jugenheim	0,0035917
432 023	Weiterstadt	0,0046338
	Darmstadt-Dieburg	**0,0529452**
433 001	Biebesheim	0,0010468
433 002	Bischofsheim	0,0021671
433 003	Büttelborn	0,0028006
433 004	Gernsheim	0,0017945
433 005	Ginsheim-Gustavsburg	0,0027234
433 006	Groß-Gerau	0,0041721
433 007	Kelsterbach	0,0022758
433 008	Mörfelden-Walldorf	0,0063462
433 009	Nauheim	0,0019397
433 010	Raunheim	0,0019142
433 011	Riedstadt	0,0040399
433 012	Rüsselsheim	0,0087870
433 013	Stockstadt	0,0008970
433 014	Trebur	0,0026580
	Groß-Gerau	**0,0435624**
434 001	Bad Homburg	0,0122848
434 002	Friedrichsdorf	0,0055740
434 003	Glashütten	0,0015572
434 004	Grävenwiesbach	0,0008742
434 005	Königstein	0,0044384
434 006	Kronberg	0,0047704
434 007	Neu-Anspach	0,0032174
434 008	Oberursel	0,0106927
434 009	Schmitten	0,0020041
434 010	Steinbach	0,0018601
434 011	Usingen	0,0025678
434 012	Wehrheim	0,0021609
434 013	Weilrod	0,0011412
	Hochtaunus	**0,0531431**
435 001	Bad Orb	0,0011679
435 002	Bad Soden-Salmünster	0,0017049
435 003	Biebergemünd	0,0013773
435 004	Birstein	0,0007918
435 005	Brachttal	0,0007259
435 006	Bruchköbel	0,0039177
435 007	Erlensee	0,0021025
435 008	Flörsbachtal	0,0003225
435 009	Freigericht	0,0026730
435 010	Gelnhausen	0,0040456
435 011	Großkrotzenburg	0,0013697
435 012	Gründau	0,0024500
435 013	Hammersbach	0,0008797
435 014	Hanau	0,0128833

435 015	Hasselroth	0,0013157
435 016	Jossgrund	0,0005089
435 017	Langenselbold	0,0025070
435 018	Linsengericht	0,0018559
435 019	Maintal	0,0062588
435 020	Neuberg	0,0010096
435 021	Nidderau	0,0040022
435 022	Niederdorfelden	0,0007319
435 023	Rodenbach	0,0019692
435 024	Ronneburg	0,0006524
435 025	Schlüchtern	0,0021143
435 026	Schöneck	0,0025001
435 027	Sinntal	0,0010422
435 028	Steinau an der Straße	0,0013189
435 029	Wächtersbach	0,0017199
	Main-Kinzig	**0,0659189**
436 001	Bad Soden am Taunus	0,0060775
436 002	Eppstein	0,0031943
436 003	Eschborn	0,0050036
436 004	Flörsheim	0,0040714
436 005	Hattersheim	0,0050605
436 006	Hochheim	0,0035147
436 007	Hofheim	0,0094689
436 008	Kelkheim	0,0069031
436 009	Kriftel	0,0025744
436 010	Liederbach	0,0021904
436 011	Schwalbach	0,0031430
436 012	Sulzbach	0,0022404
	Main-Taunus	**0,0534421**
437 001	Bad König	0,0012846
437 002	Beerfelden	0,0007897
437 003	Brensbach	0,0007892
437 004	Breuberg	0,0009456
437 005	Brombachtal	0,0005310
437 006	Erbach	0,0017373
437 007	Fränkisch-Crumbach	0,0005369
437 008	Hesseneck	0,0000888
437 009	Höchst i.Odw.	0,0014051
437 010	Lützelbach	0,0009106
437 011	Michelstadt	0,0021485
437 012	Mossautal	0,0003525
437 013	Reichelsheim	0,0011844
437 014	Rothenberg	0,0003448
437 015	Sensbachtal	0,0001142
	Odenwaldkreis	**0,0131633**
438 001	Dietzenbach	0,0049054
438 002	Dreieich	0,0085066
438 003	Egelsbach	0,0022612
438 004	Hainburg	0,0023599
438 005	Heusenstamm	0,0035951
438 006	Langen	0,0070314
438 007	Mainhausen	0,0016736
438 008	Mühlheim am Main	0,0048144
438 009	Neu-Isenburg	0,0064737
438 010	Obertshausen	0,0042643
438 011	Rodgau	0,0081217
438 012	Rödermark	0,0052260
438 013	Seligenstadt	0,0039064
	Offenbach	**0,0631396**
439 001	Aarbergen	0,0009233
439 002	Bad Schwalbach	0,0018559
439 003	Eltville	0,0035661
439 004	Geisenheim	0,0019976
439 005	Heidenrod	0,0013457
439 006	Hohenstein	0,0010578
439 007	Hünstetten	0,0020397
439 008	Idstein	0,0048313
439 009	Kiedrich	0,0008116
439 010	Lorch	0,0005011
439 011	Niedernhausen	0,0033142
439 012	Oestrich-Winkel	0,0021134
439 013	Rüdesheim am Rhein	0,0013447
439 014	Schlangenbad	0,0012955
439 015	Taunusstein	0,0055150
439 016	Waldems	0,0010369
439 017	Walluf	0,0012949
	Rheingau-Taunus	**0,0348447**
440 001	Altenstadt	0,0019784
440 002	Bad Nauheim	0,0053274
440 003	Bad Vilbel	0,0076087
440 004	Büdingen	0,0030246
440 005	Butzbach	0,0038488
440 006	Echzell	0,0008383
440 007	Florstadt	0,0014056
440 008	Friedberg	0,0048118
440 009	Gedern	0,0009165
440 010	Glauburg	0,0004698
440 011	Hirzenhain	0,0003394
440 012	Karben	0,0044262
440 013	Kefenrod	0,0003278
440 014	Limeshain	0,0008568
440 015	Münzenberg	0,0010146
440 016	Nidda	0,0022341
440 017	Niddatal	0,0017783
440 018	Ober-Mörlen	0,0011069
440 019	Ortenberg	0,0011309
440 020	Ranstadt	0,0007524
440 021	Reichelsheim	0,0011120
440 022	Rockenberg	0,0007910
440 023	Rosbach v. d. Höhe	0,0026232
440 024	Wölfersheim	0,0014379
440 025	Wöllstadt	0,0012045
	Wetterau	**0,0513658**

531 001	Allendorf (Lumda)	0,0006410
531 002	Biebertal	0,0017382
531 003	Buseck	0,0020638
531 004	Fernwald	0,0011108
531 005	Gießen	0,0094732
531 006	Grünberg	0,0018426
531 007	Heuchelheim	0,0012700
531 008	Hungen	0,0017579
531 009	Langgöns	0,0019714
531 010	Laubach	0,0012640
531 011	Lich	0,0020786
531 012	Linden	0,0019887
531 013	Lollar	0,0012511
531 014	Pohlheim	0,0025040
531 015	Rabenau	0,0006740
531 016	Reiskirchen	0,0014575
531 017	Staufenberg	0,0013140
531 018	Wettenberg	0,0022784
	Gießen	**0,0366793**
532 001	Aßlar	0,0019032
532 002	Bischoffen	0,0005064
532 003	Braunfels	0,0017076
532 004	Breitscheid	0,0006220
532 005	Dietzhölztal	0,0007907
532 006	Dillenburg	0,0031661
532 007	Driedorf	0,0007109
532 008	Ehringshausen	0,0012662
532 009	Eschenburg	0,0014066
532 010	Greifenstein	0,0009320
532 011	Haiger	0,0023363
532 012	Herborn	0,0028460
532 013	Hohenahr	0,0007585
532 014	Hüttenberg	0,0018720
532 015	Lahnau	0,0013954
532 016	Leun	0,0007681
532 017	Mittenaar	0,0007012
532 018	Schöffengrund	0,0010180
532 019	Siegbach	0,0003820
532 020	Sinn	0,0009119
532 021	Solms	0,0018801
532 022	Waldsolms	0,0008102
532 023	Wetzlar	0,0069014
	Lahn-Dill	**0,0355929**
533 001	Beselich	0,0007529
533 002	Brechen	0,0010589
533 003	Bad Camberg	0,0025734
533 004	Dornburg	0,0010988
533 005	Elbtal	0,0003200
533 006	Elz	0,0011765
533 007	Hadamar	0,0015646
533 008	Hünfelden	0,0016249
533 009	Limburg an der Lahn	0,0049669
533 010	Löhnberg	0,0005594
533 011	Mengerskirchen	0,0007109
533 012	Merenberg	0,0004206
533 013	Runkel	0,0014209
533 014	Selters (Taunus)	0,0011980
533 015	Villmar	0,0010632
533 016	Waldbrunn (Westerwald)	0,0007531
533 017	Weilburg	0,0017872
533 018	Weilmünster	0,0013303
533 019	Weinbach	0,0006496
	Limburg-Weilburg	**0,0250303**
534 001	Amöneburg	0,0008435
534 002	Angelburg	0,0004255
534 003	Bad Endbach	0,0009743
534 004	Biedenkopf	0,0019031
534 005	Breidenbach	0,0009220
534 006	Cölbe	0,0010988
534 007	Dautphetal	0,0016884
534 008	Ebsdorfergrund	0,0014017
534 009	Fronhausen	0,0006879
534 010	Gladenbach	0,0016330
534 011	Kirchhain	0,0024685
534 012	Lahntal	0,0011664
534 013	Lohra	0,0008324
534 014	Marburg	0,0107022
534 015	Münchhausen	0,0004675
534 016	Neustadt (Hessen)	0,0009844
534 017	Rauschenberg	0,0006152
534 018	Stadtallendorf	0,0024001
534 019	Steffenberg	0,0005275
534 020	Weimar	0,0012789
534 021	Wetter (Hessen)	0,0012796
534 022	Wohratal	0,0002985
	Marburg-Biedenkopf	**0,0345990**
535 001	Alsfeld	0,0019137
535 002	Antrifttal	0,0002418
535 003	Feldatal	0,0003141
535 004	Freiensteinau	0,0003860
535 005	Gemünden (Felda)	0,0003710
535 006	Grebenau	0,0002975
535 007	Grebenhain	0,0006034
535 008	Herbstein	0,0005356
535 009	Homberg (Ohm)	0,0010563
535 010	Kirtorf	0,0003979
535 011	Lauterbach	0,0016650
535 012	Lautertal (Vogelsberg)	0,0003010
535 013	Mücke	0,0012837
535 014	Romrod	0,0003444
535 015	Schlitz	0,0010101
535 016	Schotten	0,0013202
535 017	Schwalmtal	0,0003557
535 018	Ulrichstein	0,0003378
535 019	Wartenberg	0,0005138
	Vogelsberg	**0,0132488**

631 001	Bad Salzschlirf	0,0002959
631 002	Burghaun	0,0008500
631 003	Dipperz	0,0004494
631 004	Ebersburg	0,0005474
631 005	Ehrenberg (Rhön)	0,0002883
631 006	Eichenzell	0,0015943
631 007	Eiterfeld	0,0009026
631 008	Flieden	0,0010893
631 009	Fulda	0,0076161
631 010	Gersfeld (Rhön)	0,0005484
631 011	Großenlüder	0,0011344
631 012	Hilders	0,0004657
631 013	Hofbieber	0,0007558
631 014	Hosenfeld	0,0005596
631 015	Hünfeld	0,0020268
631 016	Kalbach	0,0007541
631 017	Künzell	0,0024224
631 018	Neuhof	0,0013453
631 019	Nüsttal	0,0003175
631 020	Petersberg	0,0023076
631 021	Poppenhausen	0,0003043
631 022	Rasdorf	0,0001854
631 023	Tann (Rhön)	0,0004162
	Fulda	**0,0271768**
632 001	Alheim	0,0005687
632 002	Bad Hersfeld	0,0036542
632 003	Bebra	0,0014763
632 004	Breitenbach a. Herzberg	0,0001943
632 005	Cornberg	0,0001396
632 006	Friedewald	0,0003595
632 007	Hauneck	0,0004090
632 008	Haunetal	0,0003508
632 009	Heringen (Werra)	0,0009903
632 010	Hohenroda	0,0004178
632 011	Kirchheim	0,0004474
632 012	Ludwigsau	0,0006493
632 013	Nentershausen	0,0002937
632 014	Neuenstein	0,0003668
632 015	Niederaula	0,0006712
632 016	Philippsthal	0,0005923
632 017	Ronshausen	0,0003210
632 018	Rotenburg a.d. Fulda	0,0016856
632 019	Schenklengsfeld	0,0005987
632 020	Wildeck	0,0006112
	Hersfeld-Rotenburg	**0,0147979**
633 001	Ahnatal	0,0014900
633 002	Bad Karlshafen	0,0003837
633 003	Baunatal	0,0043745
633 004	Breuna	0,0004980
633 005	Calden	0,0011039
633 006	Emstal	0,0008396
633 007	Espenau	0,0007766
633 008	Fuldabrück	0,0014372
633 009	Fuldatal	0,0017948
633 010	Grebenstein	0,0007794
633 011	Habichtswald	0,0008534
633 012	Helsa	0,0007118
633 013	Hofgeismar	0,0018091
633 014	Immenhausen	0,0009521
633 015	Kaufungen	0,0020145
633 016	Liebenau	0,0003718
633 017	Lohfelden	0,0020058
633 018	Naumburg	0,0006750
633 019	Nieste	0,0003193
633 020	Niestetal	0,0017970
633 021	Oberweser	0,0003820
633 022	Reinhardshagen	0,0005748
633 023	Schauenburg	0,0016432
633 024	Söhrewald	0,0007221
633 025	Trendelburg	0,0005945
633 026	Vellmar	0,0029069
633 027	Wahlsburg	0,0002262
633 028	Wolfhagen	0,0016093
633 029	Zierenberg	0,0009573
	Kassel	**0,0346040**
634 001	Borken (Hessen)	0,0014185
634 002	Edermünde	0,0012443
634 003	Felsberg	0,0015133
634 004	Frielendorf	0,0008787
634 005	Fritzlar	0,0019959
634 006	Gilserberg	0,0003642
634 007	Gudensberg	0,0013475
634 008	Guxhagen	0,0009041
634 009	Homberg (Efze)	0,0016841
634 010	Jesberg	0,0002591
634 011	Knüllwald	0,0005891
634 012	Körle	0,0005187
634 013	Malsfeld	0,0006251
634 014	Melsungen	0,0023077
634 015	Morschen	0,0004474
634 016	Neuental	0,0003689
634 017	Neukirchen	0,0007432
634 018	Niedenstein	0,0008032
634 019	Oberaula	0,0003249
634 020	Ottrau	0,0002373
634 021	Schrecksbach	0,0003531
634 022	Schwalmstadt	0,0021303
634 023	Schwarzenborn	0,0001013
634 024	Spangenberg	0,0008853
634 025	Wabern	0,0009058
634 026	Willingshausen	0,0006181
634 027	Bad Zwesten	0,0005135
	Schwalm-Eder	**0,0240826**

635	**001**	Allendorf (Eder)	0,0007800
635	**002**	Bad Arolsen	0,0019598
635	**003**	Bad Wildungen	0,0019295
635	**004**	Battenberg (Eder)	0,0007306
635	**005**	Bromskirchen	0,0001991
635	**006**	Burgwald	0,0007023
635	**007**	Diemelsee	0,0005277
635	**008**	Diemelstadt	0,0006341
635	**009**	Edertal	0,0007996
635	**010**	Frankenau	0,0003905
635	**011**	Frankenberg (Eder)	0,0023098
635	**012**	Gemünden (Wohra)	0,0004346
635	**013**	Haina (Kloster)	0,0004316
635	**014**	Hatzfeld (Eder)	0,0004402
635	**015**	Korbach	0,0027923
635	**016**	Lichtenfels	0,0004934
635	**017**	Rosenthal	0,0002776
635	**018**	Twistetal	0,0005230
635	**019**	Vöhl	0,0006500
635	**020**	Volkmarsen	0,0007685
635	**021**	Waldeck	0,0007903
635	**022**	Willingen (Upland)	0,0007081
		Waldeck-Frankenberg	**0,0192724**
636	**001**	Bad-Sooden-Allendorf	0,0008240
636	**002**	Berkatal	0,0001884
636	**003**	Eschwege	0,0020460
636	**004**	Großalmerode	0,0008180
636	**005**	Herleshausen	0,0003051
636	**006**	Hessisch Lichtenau	0,0014657
636	**007**	Meinhard	0,0005606
636	**008**	Meißner	0,0003682
636	**009**	Neu-Eichenberg	0,0002376
636	**010**	Ringgau	0,0003379
636	**011**	Sontra	0,0007224
636	**012**	Waldkappel	0,0005216
636	**013**	Wanfried	0,0004108
636	**014**	Wehretal	0,0006338
636	**015**	Weißenborn	0,0000988
636	**016**	Witzenhausen	0,0017947
		Werra-Meißner	**0,0113336**

ANLAGE 2
(zu § 5 Abs. 1)
Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer ab 2015
- Gebietsstand 1. Januar 2015 -

LAND HESSEN			**1,000000000**
		RB Darmstadt	**0,739843967**
		RB Gießen	**0,112840093**
		RB Kassel	**0,147315940**
kreisfreie Städte			**0,486902438**
	411	**Darmstadt**	**0,036884754**
	412	**Frankfurt am Main**	**0,326708311**
	413	**Offenbach am Main**	**0,020820176**
	414	**Wiesbaden**	**0,059423492**
	611	**Kassel**	**0,043065705**
kreisangehörige Gemeinden			**0,513097562**
431	**001**	Abtsteinach	0,000118263
431	**002**	Bensheim	0,006266081
431	**003**	Biblis	0,000918843
431	**004**	Birkenau	0,000298235
431	**005**	Bürstadt	0,000867533
431	**006**	Einhausen	0,000212701
431	**007**	Fürth	0,000523464
431	**008**	Gorxheimertal	0,000081929
431	**009**	Grasellenbach	0,000185654
431	**010**	Groß-Rohrheim	0,000364475
431	**011**	Heppenheim	0,003529806
431	**012**	Hirschhorn	0,000469821
431	**013**	Lampertheim	0,003036768
431	**014**	Lautertal (Odenwald)	0,000393956
431	**015**	Lindenfels	0,000296472
431	**016**	Lorsch	0,000914552
431	**017**	Mörlenbach	0,000426916
431	**018**	Neckarsteinach	0,000257437
431	**019**	Rimbach	0,000452875
431	**020**	Viernheim	0,003225334
431	**021**	Wald-Michelbach	0,000503148
431	**022**	Zwingenberg	0,000369087
		Bergstraße	**0,023713350**
432	**001**	Alsbach-Hähnlein	0,001069013
432	**002**	Babenhausen	0,002060678
432	**003**	Bickenbach	0,000455056
432	**004**	Dieburg	0,002572719
432	**005**	Eppertshausen	0,000397499
432	**006**	Erzhausen	0,000253779
432	**007**	Fischbachtal	0,000081679
432	**008**	Griesheim	0,002037209
432	**009**	Groß-Bieberau	0,000742186
432	**010**	Groß-Umstadt	0,002030421
432	**011**	Groß-Zimmern	0,000635241
432	**012**	Messel	0,000252248
432	**013**	Modautal	0,000192611
432	**014**	Mühltal	0,000961717
432	**015**	Münster	0,000470381
432	**016**	Ober-Ramstadt	0,001735672
432	**017**	Otzberg	0,000204924
432	**018**	Pfungstadt	0,002448363
432	**019**	Reinheim	0,000905912
432	**020**	Roßdorf	0,000809835
432	**021**	Schaafheim	0,000311747
432	**022**	Seeheim-Jugenheim	0,000801572
432	**023**	Weiterstadt	0,003994445
		Darmstadt-Dieburg	**0,025424907**
433	**001**	Biebesheim	0,000969121
433	**002**	Bischofsheim	0,000822266
433	**003**	Büttelborn	0,000611388
433	**004**	Gernsheim	0,001304566
433	**005**	Ginsheim-Gustavsburg	0,001746379
433	**006**	Groß-Gerau	0,003624259
433	**007**	Kelsterbach	0,004037684
433	**008**	Mörfelden-Walldorf	0,004829993
433	**009**	Nauheim	0,000487572
433	**010**	Raunheim	0,002178785
433	**011**	Riedstadt	0,001156251
433	**012**	Rüsselsheim	0,014582241
433	**013**	Stockstadt	0,000339425
433	**014**	Trebur	0,001172416
		Groß-Gerau	**0,037862346**
434	**001**	Bad Homburg	0,016248487
434	**002**	Friedrichsdorf	0,002659794
434	**003**	Glashütten	0,000147505
434	**004**	Grävenwiesbach	0,000216105
434	**005**	Königstein	0,001429259
434	**006**	Kronberg	0,003857296
434	**007**	Neu-Anspach	0,000659949
434	**008**	Oberursel	0,007594349
434	**009**	Schmitten	0,000453322
434	**010**	Steinbach	0,000483825
434	**011**	Usingen	0,001063199
434	**012**	Wehrheim	0,000580188
434	**013**	Weilrod	0,000223809
		Hochtaunus	**0,035617087**
435	**001**	Bad Orb	0,000601375
435	**002**	Bad Soden-Salmünster	0,001177666
435	**003**	Biebergemünd	0,000873342
435	**004**	Birstein	0,000425163
435	**005**	Brachttal	0,000156656
435	**006**	Bruchköbel	0,000832556
435	**007**	Erlensee	0,000989766
435	**008**	Flörsbachtal	0,000051125
435	**009**	Freigericht	0,000597356
435	**010**	Gelnhausen	0,003287260
435	**011**	Großkrotzenburg	0,000913424
435	**012**	Gründau	0,001165378
435	**013**	Hammersbach	0,000165149
435	**014**	Hanau	0,019661975

435 015	Hasselroth	0,000323940
435 016	Jossgrund	0,000131945
435 017	Langenselbold	0,001450455
435 018	Linsengericht	0,000637283
435 019	Maintal	0,003449075
435 020	Neuberg	0,000147754
435 021	Nidderau	0,001146140
435 022	Niederdorfelden	0,000415766
435 023	Rodenbach	0,000877375
435 024	Ronneburg	0,000066903
435 025	Schlüchtern	0,001527518
435 026	Schöneck	0,000453587
435 027	Sinntal	0,000536460
435 028	Steinau an der Straße	0,000973684
435 029	Wächtersbach	0,001045202
	Main-Kinzig	**0,044081278**
436 001	Bad Soden am Taunus	0,002685406
436 002	Eppstein	0,000817597
436 003	Eschborn	0,014836038
436 004	Flörsheim	0,001769155
436 005	Hattersheim	0,001749202
436 006	Hochheim	0,001787667
436 007	Hofheim	0,004058594
436 008	Kelkheim	0,001489921
436 009	Kriftel	0,001204533
436 010	Liederbach	0,000559200
436 011	Schwalbach	0,004644227
436 012	Sulzbach	0,002435886
	Main-Taunus	**0,038037426**
437 001	Bad König	0,000665587
437 002	Beerfelden	0,000431605
437 003	Brensbach	0,000391561
437 004	Breuberg	0,001490321
437 005	Brombachtal	0,000118720
437 006	Erbach	0,001510332
437 007	Fränkisch-Crumbach	0,000141194
437 008	Hesseneck	0,000008738
437 009	Höchst i.Odw.	0,000463919
437 010	Lützelbach	0,000178675
437 011	Michelstadt	0,001626045
437 012	Mossautal	0,000123451
437 013	Reichelsheim	0,000633232
437 014	Rothenberg	0,000070737
437 015	Sensbachtal	0,000026765
	Odenwaldkreis	**0,007880882**
438 001	Dietzenbach	0,004403477
438 002	Dreieich	0,007193178
438 003	Egelsbach	0,001383065
438 004	Hainburg	0,000778900
438 005	Heusenstamm	0,002222144
438 006	Langen	0,005634418
438 007	Mainhausen	0,001055064
438 008	Mühlheim am Main	0,001862272
438 009	Neu-Isenburg	0,009942498
438 010	Obertshausen	0,002902173
438 011	Rodgau	0,003297774
438 012	Rödermark	0,002387533
438 013	Seligenstadt	0,001954293
	Offenbach	**0,045016789**
439 001	Aarbergen	0,000459910
439 002	Bad Schwalbach	0,000694979
439 003	Eltville	0,001841179
439 004	Geisenheim	0,000972873
439 005	Heidenrod	0,000180743
439 006	Hohenstein	0,000155606
439 007	Hünstetten	0,000248240
439 008	Idstein	0,002588442
439 009	Kiedrich	0,000336044
439 010	Lorch	0,000188420
439 011	Niedernhausen	0,000473509
439 012	Oestrich-Winkel	0,000646165
439 013	Rüdesheim am Rhein	0,001039099
439 014	Schlangenbad	0,000216669
439 015	Taunusstein	0,002508077
439 016	Waldems	0,000154110
439 017	Walluf	0,000942783
	Rheingau-Taunus	**0,013646848**
440 001	Altenstadt	0,000838763
440 002	Bad Nauheim	0,003050345
440 003	Bad Vilbel	0,003668750
440 004	Büdingen	0,001847909
440 005	Butzbach	0,002013298
440 006	Echzell	0,000234422
440 007	Florstadt	0,000299837
440 008	Friedberg	0,003841577
440 009	Gedern	0,000511024
440 010	Glauburg	0,000152043
440 011	Hirzenhain	0,000150810
440 012	Karben	0,002194293
440 013	Kefenrod	0,000140362
440 014	Limeshain	0,000190966
440 015	Münzenberg	0,000209863
440 016	Nidda	0,001480625
440 017	Niddatal	0,000191234
440 018	Ober-Mörlen	0,000418010
440 019	Ortenberg	0,000411305
440 020	Ranstadt	0,000279572
440 021	Reichelsheim	0,000283295
440 022	Rockenberg	0,000130514
440 023	Rosbach v. d. Höhe	0,001498128
440 024	Wölfersheim	0,000547236
440 025	Wöllstadt	0,000142140
	Wetterau	**0,024726321**

531 001	Allendorf (Lumda)	0,000110768
531 002	Biebertal	0,000447452
531 003	Buseck	0,001014197
531 004	Fernwald	0,000689613
531 005	Gießen	0,013852417
531 006	Grünberg	0,001160652
531 007	Heuchelheim	0,001373486
531 008	Hungen	0,001063910
531 009	Langgöns	0,000952492
531 010	Laubach	0,000738987
531 011	Lich	0,001171869
531 012	Linden	0,001021940
531 013	Lollar	0,001168257
531 014	Pohlheim	0,000927959
531 015	Rabenau	0,000143694
531 016	Reiskirchen	0,000886645
531 017	Staufenberg	0,000321041
531 018	Wettenberg	0,001008249
	Gießen	**0,028053628**
532 001	Aßlar	0,001738999
532 002	Bischoffen	0,000199952
532 003	Braunfels	0,000449590
532 004	Breitscheid	0,000316057
532 005	Dietzhölztal	0,001297356
532 006	Dillenburg	0,003290960
532 007	Driedorf	0,000516829
532 008	Ehringshausen	0,000955045
532 009	Eschenburg	0,001008843
532 010	Greifenstein	0,000323590
532 011	Haiger	0,003039958
532 012	Herborn	0,003828930
532 013	Hohenahr	0,000148398
532 014	Hüttenberg	0,000520946
532 015	Lahnau	0,000680011
532 016	Leun	0,000210898
532 017	Mittenaar	0,000324726
532 018	Schöffengrund	0,000193322
532 019	Siegbach	0,000055551
532 020	Sinn	0,000549709
532 021	Solms	0,000917105
532 022	Waldsolms	0,000170114
532 023	Wetzlar	0,009729951
	Lahn-Dill	**0,030466840**
533 001	Beselich	0,000190970
533 002	Brechen	0,000239999
533 003	Bad Camberg	0,001141268
533 004	Dornburg	0,000447146
533 005	Elbtal	0,000061812
533 006	Elz	0,000744796
533 007	Hadamar	0,000593242
533 008	Hünfelden	0,000235133
533 009	Limburg an der Lahn	0,007133268
533 010	Löhnberg	0,000273008
533 011	Mengerskirchen	0,000293881
533 012	Merenberg	0,000278985
533 013	Runkel	0,000602635
533 014	Selters (Taunus)	0,000156276
533 015	Villmar	0,000234889
533 016	Waldbrunn (Westerwald)	0,000168041
533 017	Weilburg	0,001547004
533 018	Weilmünster	0,000678298
533 019	Weinbach	0,000109498
	Limburg-Weilburg	**0,015130149**
534 001	Amöneburg	0,000086653
534 002	Angelburg	0,000155211
534 003	Bad Endbach	0,000327158
534 004	Biedenkopf	0,002026961
534 005	Breidenbach	0,000945154
534 006	Cölbe	0,000499928
534 007	Dautphetal	0,001239150
534 008	Ebsdorfergrund	0,000297645
534 009	Fronhausen	0,000153162
534 010	Gladenbach	0,000878439
534 011	Kirchhain	0,001035724
534 012	Lahntal	0,000218596
534 013	Lohra	0,000216625
534 014	Marburg	0,013866637
534 015	Münchhausen	0,000104414
534 016	Neustadt (Hessen)	0,000254343
534 017	Rauschenberg	0,000136273
534 018	Stadtallendorf	0,006310358
534 019	Steffenberg	0,000325593
534 020	Weimar	0,000256752
534 021	Wetter (Hessen)	0,000334843
534 022	Wohratal	0,000145132
	Marburg-Biedenkopf	**0,029814751**
535 001	Alsfeld	0,002325719
535 002	Antrifttal	0,000037558
535 003	Feldatal	0,000067398
535 004	Freiensteinau	0,000116992
535 005	Gemünden (Felda)	0,000100220
535 006	Grebenau	0,000171856
535 007	Grebenhain	0,000438226
535 008	Herbstein	0,000408449
535 009	Homberg (Ohm)	0,000916575
535 010	Kirtorf	0,000099287
535 011	Lauterbach	0,002105873
535 012	Lautertal (Vogelsberg)	0,000114752
535 013	Mücke	0,000706910
535 014	Romrod	0,000115758
535 015	Schlitz	0,000623990
535 016	Schotten	0,000611591
535 017	Schwalmtal	0,000116285
535 018	Ulrichstein	0,000125884
535 019	Wartenberg	0,000171402
	Vogelsberg	**0,009374725**

631 001	Bad Salzschlirf	0,000279412
631 002	Burghaun	0,000417518
631 003	Dipperz	0,000114532
631 004	Ebersburg	0,000325768
631 005	Ehrenberg (Rhön)	0,000155923
631 006	Eichenzell	0,001295122
631 007	Eiterfeld	0,000754785
631 008	Flieden	0,000376083
631 009	Fulda	0,014800461
631 010	Gersfeld (Rhön)	0,000361532
631 011	Großenlüder	0,000625442
631 012	Hilders	0,000295530
631 013	Hofbieber	0,000196010
631 014	Hosenfeld	0,000139174
631 015	Hünfeld	0,001801473
631 016	Kalbach	0,000382471
631 017	Künzell	0,000640571
631 018	Neuhof	0,000971697
631 019	Nüsttal	0,000088259
631 020	Petersberg	0,001076594
631 021	Poppenhausen	0,000301154
631 022	Rasdorf	0,000119895
631 023	Tann (Rhön)	0,000275077
	Fulda	**0,025794483**
632 001	Alheim	0,000248650
632 002	Bad Hersfeld	0,006117101
632 003	Bebra	0,001450811
632 004	Breitenbach a. Herzberg	0,000041616
632 005	Cornberg	0,000067605
632 006	Friedewald	0,000309278
632 007	Hauneck	0,000191353
632 008	Haunetal	0,000093814
632 009	Heringen (Werra)	0,001455636
632 010	Hohenroda	0,000103979
632 011	Kirchheim	0,000443344
632 012	Ludwigsau	0,000124681
632 013	Nentershausen	0,000110059
632 014	Neuenstein	0,000452203
632 015	Niederaula	0,000534744
632 016	Philippsthal	0,001688532
632 017	Ronshausen	0,000081953
632 018	Rotenburg a.d. Fulda	0,000913926
632 019	Schenklengsfeld	0,000263530
632 020	Wildeck	0,000251784
	Hersfeld-Rotenburg	**0,014944599**
633 001	Ahnatal	0,000204763
633 002	Bad Karlshafen	0,000353738
633 003	Baunatal	0,010385090
633 004	Breuna	0,000123237
633 005	Calden	0,000504853
633 006	Emstal	0,000468398
633 007	Espenau	0,000106752
633 008	Fuldabrück	0,001320732
633 009	Fuldatal	0,000587436
633 010	Grebenstein	0,000156373
633 011	Habichtswald	0,000117473
633 012	Helsa	0,000224712
633 013	Hofgeismar	0,001696538
633 014	Immenhausen	0,000480685
633 015	Kaufungen	0,001091469
633 016	Liebenau	0,000098020
633 017	Lohfelden	0,001513655
633 018	Naumburg	0,000197440
633 019	Nieste	0,000023418
633 020	Niestetal	0,002356361
633 021	Oberweser	0,000187072
633 022	Reinhardshagen	0,000212902
633 023	Schauenburg	0,000288421
633 024	Söhrewald	0,000119194
633 025	Trendelburg	0,000134743
633 026	Vellmar	0,000925285
633 027	Wahlsburg	0,000145733
633 028	Wolfhagen	0,001020504
633 029	Zierenberg	0,000272290
	Kassel	**0,025317287**
634 001	Borken (Hessen)	0,000806393
634 002	Edermünde	0,000229545
634 003	Felsberg	0,000529781
634 004	Frielendorf	0,000290199
634 005	Fritzlar	0,000900149
634 006	Gilserberg	0,000128463
634 007	Gudensberg	0,000481631
634 008	Guxhagen	0,000373817
634 009	Homberg (Efze)	0,001341607
634 010	Jesberg	0,000085192
634 011	Knüllwald	0,000240043
634 012	Körle	0,000099919
634 013	Malsfeld	0,000352077
634 014	Melsungen	0,003273040
634 015	Morschen	0,000113332
634 016	Neuental	0,000058157
634 017	Neukirchen	0,000483198
634 018	Niedenstein	0,000121156
634 019	Oberaula	0,000144387
634 020	Ottrau	0,000062818
634 021	Schrecksbach	0,000079674
634 022	Schwalmstadt	0,001926922
634 023	Schwarzenborn	0,000042271
634 024	Spangenberg	0,000834547
634 025	Wabern	0,000343631
634 026	Willingshausen	0,000128923
634 027	Bad Zwesten	0,000284004
	Schwalm-Eder	**0,013754876**

635	**001**	Allendorf (Eder)	0,001549204
635	**002**	Bad Arolsen	0,002103148
635	**003**	Bad Wildungen	0,001949944
635	**004**	Battenberg (Eder)	0,000733513
635	**005**	Bromskirchen	0,000274593
635	**006**	Burgwald	0,000396482
635	**007**	Diemelsee	0,000242237
635	**008**	Diemelstadt	0,000497976
635	**009**	Edertal	0,000315991
635	**010**	Frankenau	0,000070201
635	**011**	Frankenberg (Eder)	0,001818952
635	**012**	Gemünden (Wohra)	0,000229747
635	**013**	Haina (Kloster)	0,000252334
635	**014**	Hatzfeld (Eder)	0,000278576
635	**015**	Korbach	0,003568485
635	**016**	Lichtenfels	0,000177954
635	**017**	Rosenthal	0,000072474
635	**018**	Twistetal	0,000182794
635	**019**	Vöhl	0,000170305
635	**020**	Volkmarsen	0,000474955
635	**021**	Waldeck	0,000305002
635	**022**	Willingen (Upland)	0,000600256
		Waldeck-Frankenberg	**0,016265123**
636	**001**	Bad-Sooden-Allendorf	0,000539265
636	**002**	Berkatal	0,000177111
636	**003**	Eschwege	0,002618400
636	**004**	Großalmerode	0,000430478
636	**005**	Herleshausen	0,000124365
636	**006**	Hessisch Lichtenau	0,001219045
636	**007**	Meinhard	0,000206738
636	**008**	Meißner	0,000099305
636	**009**	Neu-Eichenberg	0,000034989
636	**010**	Ringgau	0,000105674
636	**011**	Sontra	0,000448486
636	**012**	Waldkappel	0,000257581
636	**013**	Wanfried	0,000217211
636	**014**	Wehretal	0,000181995
636	**015**	Weißenborn	0,000012982
636	**016**	Witzenhausen	0,001500242
		Werra-Meißner	**0,008173867**

Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen

Sie brauchen Platz in Ihrem Archiv?

Wir erstellen Ihnen die Gesetz- und Verordnungsblätter der Jahrgänge ab 1995 bis 2014 im PDF-Format auf CD-ROM.

Preis pro CD **59,80** Euro

Publizieren mit System.
BERNECKER

Ja, ich möchte das **Gesetz- und Verordnungsblatt** für das Land Hessen auf CD-ROM bestellen

_____
Name, Vorname

_____
Straße

_____
PLZ/Ort

_____
Unterschrift

Jahrgang 1995	Jahrgang 1996
Jahrgang 1997	Jahrgang 1998
Jahrgang 1999	Jahrgang 2000
Jahrgang 2001	Jahrgang 2002
Jahrgang 2003	Jahrgang 2004
Jahrgang 2005	Jahrgang 2006
Jahrgang 2007	Jahrgang 2008
Jahrgang 2009	Jahrgang 2010
Jahrgang 2011	Jahrgang 2012
Jahrgang 2013	Jahrgang 2014

Bestellung bitte an:
A. Bernecker Verlag, Unter dem Schöneberg 1, 34212 Melsungen, Tel. (05661) 731-465, Fax (05661) 731-400

Bei BERNECKER online und digital:

Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen

Der A. Bernecker Verlag GmbH bietet für den Bezug des Gesetz- und Verordnungsblattes die Möglichkeit des Online-Abonnements an. Anstelle der Belieferung des Druckexemplars per Post können Sie Ihr Jahresabonnement auf einen Online-Bezug über das Internet umstellen.

Als Bezieher der Papierversion können Sie aber auch Einzelausgaben online downloaden.

Bernecker garantiert Ihnen Textrichtigkeit und damit Rechtssicherheit!

Der A. Bernecker Verlag GmbH ist von der Hessischen Staatskanzlei in Wiesbaden offiziell und vertraglich mit dem Druck und Vertrieb des GVBl. beauftragt. Sämtliche bei Bernecker erhältlichen Gesetzestexte sind vom Land Hessen freigegeben und somit rechtssicher.

Setzen Sie auf Dokumente, denen Sie vertrauen können!

Aboverwaltung

Bezugpreise Online oder Print

Jahresabonnement online 62 € inkl. MwSt.
Einzeldownload bis 16 Seiten 3,83 € inkl. MwSt.,
Einzeldownload je weitere 16 Seiten zzgl. 3,06 Euro inkl. MwSt.
Bezahlung auf Rechnung

Sie finden uns unter **www.gvbl-hessen.de**
Ihren Aboauftrag für den Onlinebezug können Sie per E-Mail einreichen.
Eine Bestätigung erhalten Sie umgehend.

Kontakt:
Bernecker Verlag GmbH
Abonnentenservice
Unter dem Schöneberg 1
34212 Melsungen
Tel. 05661 731-465
Fax 05661 731-400
E-Mail: abo@bernecker.de

Publizieren mit System.
BERNECKER

Absender: A. Bernecker Verlag GmbH
Unter dem Schöneberg 1
34212 Melsungen
PVSt, DPAG
Entgelt bezahlt

Herausgeber: Hessische Staatskanzlei, Wiesbaden
Verlag: A. Bernecker Verlag GmbH,
Unter dem Schöneberg 1, 34212 Melsungen,
Telefon (0 56 61) 7 31-0, Fax (0 56 61) 73 14 00
ISDN: (0 56 61) 73 13 61, Internet: www.bernecker.de

Druck: Bernecker MediaWare AG
Unter dem Schöneberg 1, 34212 Melsungen,
Telefon (0 56 61) 7 31-0, Fax (0 56 61) 73 12 89

Vertrieb und Abonnementverwaltung:
A. Bernecker Verlag GmbH, Unter dem Schöneberg 1,
34212 Melsungen, Tel.: (0 56 61) 7 31-4 65, Fax: (0 56 61) 7 31-4 00
E-Mail: aboverwaltung@bernecker.de

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Bezugszeit ist das Kalenderjahr. Abbestellungen zum 31. Dezember müssen spätestens am 15. November schriftlich beim Verlag vorliegen. Fälle höherer Gewalt, Streik, Aussperrung und dergleichen entbinden den Verlag von der Verpflichtung auf Erfüllung von Aufträgen und Schadensersatzleistungen.

Bezugspreis: Der jährliche Bezugspreis beträgt 62 EUR einschl. MwSt. und Versand. Einzelausgaben kosten bis zu einem Umfang von 16 Seiten EUR 3,83. Bei stärkeren Ausgaben erhöht sich der Preis um 3,06 EUR je zusätzlich angefangener 16 Seiten. Die Preise verstehen sich inkl. MwSt. und zzgl. Porto und Verpackung.